

## **Bericht über das Vorhaben**

### **„Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration. Entwicklung und Stärkung eines interdisziplinären Forschungsfeldes“**

Mai 2003 bis Oktober 2007

Gliederungsübersicht

I. Einrichtung und Struktur der Arbeitsstelle

II. Ausgangsüberlegungen und Ziele

III. Die AKI-Forschungsbilanzen

IV. Weitere Projekte

V. Weitere Beiträge zur Kommunikation und Vernetzung des Forschungsfeldes

VI. Bilanz

Anlagen: Die Projekte im Überblick – Personal – Tagungen/Workshops – Veröffentlichungen  
– Die AKI-Forschungsbilanzen “kurz gefasst” – Erfolgskontrollbericht

### **I. Einrichtung und Struktur der Arbeitsstelle**

Die **Arbeitsstelle** „Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ (AKI) wurde als Pilotprojekt eingerichtet, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für viereinhalb Jahre finanziert und vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) unterstützt. Die am WZB angesiedelte Arbeitsstelle nahm zum 1. Mai 2003 mit zwei Wissenschaftlerinnen, einer Sekretärin und einer studentischen Hilfskraft ihre Arbeit auf. Zeitweise konnten für Teilprojekte (finanziert durch Aufstockung BMBF und durch die Volkswagen-Stiftung) weitere WissenschaftlerInnen beschäftigt werden und zwar in zwei Fällen für jeweils 6 Monate. In der Schlussphase des Projekts (Mai bis Oktober 2007) wurden die personellen Kapazitäten reduziert (1,5 WissenschaftlerInnenstellen, 0,5 Sekretariat). Außerdem waren drei GastwissenschaftlerInnen – auf Einladung und finanziert durch das WZB – bei der Arbeitsstelle tätig (s. Anlage).

Eine **Steuerungsgruppe**, bestehend aus den ProfessorInnen Klaus J. Bade (Osnabrück), Hartmut Esser (Mannheim), Wilhelm Heitmeyer (Bielefeld), Amélie Mummendey (Jena) und

Friedhelm Neidhardt (Berlin, WZB) war bereits bei der Vorbereitung des Projekts tätig und tagte etwa drei- bis viermal jährlich.

Ein international besetzter **Beirat** der Arbeitsstelle, der 14 Mitglieder aus Wissenschaft, Politik und Medien umfasste, wurde vom damaligen Staatssekretär Catenhusen (BMBF) berufen und hielt fünf Sitzungen ab. Zum Vorsitzenden gewählt wurde Professor Eckert (Univ. Trier), zur Stellvertreterin Professor Herwartz-Emden (Univ. Augsburg). Mit der Zusammensetzung des Gremiums sollten auch die Projektabsichten der Förderung interdisziplinärer Kommunikation und der Vernetzung von Wissenschaft, Politik und breiterer Öffentlichkeit unterstützt werden. Der Beirat nahm eine Evaluierung des Projekts vor. Die Beiratsmitglieder waren auch individuell zu einzelnen Themen beratend tätig. Prof. Miles Hewstone und Prof. Jutta Allmendinger legten im Verlauf des Projekts aufgrund von Arbeitsüberlastung ihre Beiratsämter nieder.

Mit der institutionellen „Trias“ (Arbeitsstelle, Steuerungsgruppe, Beirat) wurde für das Projekt eine relativ aufwändige Struktur gewählt. Im Rückblick erscheint diese Struktur als überkomplex. Aus der breit angelegten Struktur ergab sich auf der einen Seite natürlich der Vorteil breit streuender Anregungen und pluraler Orientierungen, was für die Vernetzungsfunktionen der AKI bedeutsam war. Andererseits entstanden aber auch Spannungen daraus, dass die Entscheidungsstrukturen, die zur Verarbeitung dieser Komplexität erforderlich sind, im gegenwärtigen Organisationsmuster nicht hinreichend konzentriert erscheinen. Auch das Nebeneinander eines Beirats und einer Steuerungsgruppe erwies sich als nicht durchweg sinnvoll. Als unbedingt notwendig erwies sich die Existenz eines hauptamtlich, kontinuierlich arbeitenden Projektteams mit mehreren WissenschaftlerInnenstellen. Ohne einen solchen Fokus ist eine kontinuierliche Arbeit eines derartigen Projekts kaum vorstellbar. Für die anvisierten Aufgaben war die Ausstattung dabei eher zu knapp.

Die Ansiedlung am WZB sicherte der Arbeitsstelle eine vielfältige infrastrukturelle (ausgestattete Büros, Bibliothek, administrative Hilfestellung) und finanzielle Unterstützung (für Gastwissenschaftler, Bürobetrieb, z. T. Catering, Übersetzungen) sowie einen intellektuell anregenden und für ihre Außenwirkung förderlichen Kontext. Eine derartige Einbindung ist für ähnlich gelagerte bzw. Nachfolgeprojekte unbedingt wünschenswert.

## **II. Ausgangsüberlegungen und Ziele**

Ausgangspunkt des Projekts waren die gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich daraus ergeben, dass durch vielfältige und anhaltende Wanderungsbewegungen in Europa das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Zugehörigkeit zur Normalität geworden ist. Diese Situation beinhaltet Herausforderungen und Konfliktpotenziale, aber auch Chancen. Eine wesentliche Ausgangsüberlegung des Projekts war es, dass in der sozialwissenschaftlichen Forschung im Hinblick auf die Analyse dieses Phänomens und die Unterstützung politischer Entscheidungen sowohl theoretische Modelle als auch eine teilweise umfangreiche empirische Evidenz vorliegen. Der Ertrag dieser Forschung aber wird noch zu wenig rezipiert und die Fragestellungen und Ergebnisse über Disziplingrenzen hinweg nur unzulänglich aufeinander bezogen und zusammengeführt.

Mit der Einrichtung der Arbeitsstelle wurde das Ziel verfolgt, wissenschaftliche Expertise sowohl für die Analyse komplexer disziplinübergreifender Probleme als auch für die Unterstützung politischer Entscheidungen zur Lösung praktischer gesellschaftlicher Probleme („evidence-based decision making“) effektiver verfügbar zu machen. Durch das Pilotprojekt disziplinübergreifender Statusberichte („Forschungsbilanzen“) sollten hierfür Formen erprobt und dies Anliegen generell befördert werden. Die Arbeitsstelle sollte daneben zu einem Profilgewinn und einer stärkeren Sichtbarkeit des Forschungsfeldes Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration beitragen. Transparenz nach innen und außen, Kommunikation und Kooperation sollten gefördert werden. Die Arbeitsstelle sollte, so eine der im Antrag formulierten Zielsetzungen, eine Übersetzungsfunktion zwischen Wissenschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit wahrnehmen. Damit sollte die Arbeitsstelle eine bislang nicht besetzte Funktion ausfüllen.

## **III. Die AKI-Forschungsbilanzen**

### **III.1 Die AKI-Forschungsbilanzen: allgemeine Aspekte**

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Arbeitsstelle stand eine wissenschaftsfundierte, problemorientierte Zusammenführung der in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen erarbeiteten Forschungsevidenz zu ausgewählten Fragestellungen im Themenfeld. Mit den jetzt als „AKI-Forschungsbilanzen“ bezeichneten Arbeiten war ein Beitrag zu einer neuartigen Form einer synthetisierenden „Forschung über Forschung“ (Metaforschung) beabsichtigt. Es sollte

dabei i.d.R. keine Primärforschung mit Rohdaten, sondern eine Analyse der Erkenntnisse und Defizite vorhandener Forschung unternommen werden.

Zielsetzungen und Kriterien dieses Vorhabens wurden vor allem in der ersten Projektphase ausführlich diskutiert und in einem Grundsatzpapier „AKI-Forschungssynthesen“ (November 2003) festgehalten, das als Arbeitsgrundlage für die Erstellung der Forschungsbilanzen diente. Ziel aller „AKI-Forschungsbilanzen“ war es, den Kenntnisstand zu einer ausgewählten Thematik zu systematisieren und zu bewerten, hinreichend gesicherte Erkenntnisse von bloßen Hypothesen und kontroversen Positionen zu scheiden, Lücken und Desiderata aufzuweisen und damit Grundlagen für die Weiterentwicklung der Forschung und für politisches Handeln zu bieten. Die AKI orientierte sich dabei an international geführten Diskussionen und Standards, u. a. dem Mission Statement der *Annual Reviews* und den Zielsetzungen der *Campbell Collaboration*. Dabei wurde das Anliegen der AKI allerdings breiter gefasst, indem sie sich nicht allein darauf konzentrierte, die Ergebnisse von empirischen Studien zur Wirkung und Effektivität von Interventionsprogrammen in ausgewählten Feldern zu synthetisieren. Gegenstand der Arbeit der AKI sollte ein breiter gefasstes Themenfeld der interkulturellen Konflikte und Interaktionen sowie der Integration von Migrant(inn)en sein, das allerdings auch schwerer eindeutig zu bilanzieren ist.

Vorgelegt wurden fünf Forschungsbilanzen, dies ging über die ursprünglich geplanten vier Bilanzen hinaus. Eine sechste anvisierte Forschungsbilanz wurde nicht in der ursprünglich anvisierten Form realisiert. Die gewählten Themen (illegale Migration, Sprache, Bildungschancen, sozialräumliche Segregation) griffen Probleme auf, die aktuell gesellschaftlich debattiert werden und zu denen drängende Nachfragen an die Wissenschaft bestehen. Alle Forschungsbilanzen wurden einem Review-Prozess unterzogen, an dem durchweg die Mitglieder der Steuerungsgruppe sowie von Fall zu Fall weitere ExpertInnen beteiligt waren (Prof. M. Bommes zu Forschungsbilanz 1; Prof. I. Gogolin, Prof. F.-O. Radtke, Prof. U. Mehlem zu FB 4; Beiratsmitglieder vor allem in der konzeptionellen Phase und im Rahmen der Begutachtung). Eine Zusammenfassung der inhaltlichen Ergebnisse liegt in Form der Kurzfassungen der Forschungsbilanzen vor (vgl. Anlage). Solche vierseitigen Kurzfassungen der zentralen Ergebnisse wurden zu allen Bilanzen erstellt, was sich für eine weitere Verbreitung als überaus sinnvoll erwies. Diese Kurzfassungen liegen auch in englischer Sprache vor. Um auch eine internationale Verbreitung und Diskussion der AKI-Ergebnisse zu ermöglichen, wurden die drei zentralen Forschungsbilanzen zu illegaler Migration, Sprache und Bildungsbenachteiligung auch in englischsprachigen Fassungen publiziert. Die Übersetzungen wurden

durch die Aufstockung der Projektmittel ermöglicht. Alle Forschungsbilanzen wurden gezielt an einen jeweils dem Thema entsprechend ausgewählten Adressatenkreis verschickt.

Zum Schwerpunktthema „Ethnische und sozialräumliche Segregation“ erwies sich eine ursprünglich anvisierte Forschungsbilanz als nicht realisierbar. [Damit wurden auch umfangreiche Mittel für eine Übersetzung nicht genutzt.] Die AKI hatte sich angesichts des drängenden öffentlichen Bedarfs an belastbaren Informationen (Debatten über vermutete Tendenz zum Rückzug von Migrantengruppen, „Parallelgesellschaften“) für eine Bearbeitung dieses Themas entschieden. Mit Prof. Hartmut Häußermann (Humboldt Universität zu Berlin) wurde ein international renommierter Experte gewonnen. Die Thematik erwies sich dann im Verlauf der Arbeiten als noch komplexer als eingangs vermutet, zudem ist der Forschungsstand extrem lückenhaft. Eine übergreifende, einen substantiellen Bestand an Forschung bewertende Forschungsbilanz war vor diesem Hintergrund nicht realisierbar, statt dessen wurden Expertisen zu europäischen Staaten und zu Wohngebietseffekten in Deutschland sowie eine eigene Analyse zur Siedlungsstruktur von MigrantInnen in Deutschland in Form von WZB Discussion Papers veröffentlicht. Im Rahmen dieser Publikationen erfolgte auch eine vorläufige Einschätzung der Gesamtproblematik ethnischer Segregation. Die Mitarbeiterinnen der Arbeitsstelle erarbeiteten 2007 weitere Publikationen zur Kommunikation der Arbeitsergebnisse (s. Anhang) (Übersetzungen/Bearbeitungen englischsprachiger Texte konnte kostengünstig durch eine englischsprachige Hilfskraft/Praktikantin erledigt werden, was Einsparungen bei den Projektmitteln ermöglichte).

Im letzten Jahr der Projektlaufzeit wurden noch einige Analysen zum Forschungsstand in ausgewählten Themenfeldern (Bildung, Politik gegen Diskriminierungen, politische Partizipation) unternommen, die in eine internationale Konferenz der AKI im April 2007 mündeten. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde zu zwei zentralen Themenbereichen Forschungsstand und -desiderata umrissen und zwar zu Übergängen im Bildungsbereich (Vorschule-Schule und Schule-Arbeitsmarkt) und zur politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund. Die Konferenz stieß auf ein sehr großes Interesse im wissenschaftlichen wie außerwissenschaftlichen Bereich. Es ergaben sich wichtige Anregungen im Hinblick auf besonders drängende Problemstellungen und zukünftigen Forschungsbedarf (vgl. Auswertungen in den WZB-Mitteilungen und dem AKI-Newsletter). Ausarbeitungen zu ausgewählten Problemstellungen im Rahmen von Expertisen für die AKI konnten allerdings nicht mehr realisiert werden, da die angefragten ExpertInnen sich nicht in der Lage sahen, in der zur Verfügung stehenden Zeit (also bis Projektende im Oktober 2007) publikationsreife Ausarbeitungen vorzulegen. [Hierdurch wurden einige für Expertisen

vorgesehene Mittel nicht ausgeschöpft. Die Konferenz selbst konnte etwas kostengünstiger durchgeführt werden als vorab veranschlagt.]

Auf Grundlage allgemein festgelegter Merkmale und Qualitätskriterien einer AKI-Forschungsbilanz (konzeptionelles Paper 11/2003) wurden in den realisierten Bilanzen leicht variierende Interpretationen des Anliegens der Forschungssynthese vorgelegt. Dies reflektiert die unterschiedliche Themenstellung der Berichte und die Art der im jeweiligen Themenfeld vorliegenden Forschung, aber auch den Charakter der AKI als Pilotprojekt und die in den meisten sozialwissenschaftlichen Disziplinen wenig entwickelte Tradition der Forschungssynthese oder -bilanz. Die Unterschiedlichkeit der Forschungsbilanzen wird nicht als Defizit empfunden. Eine stärkere Standardisierung wäre wohl nur bei einer engeren Beschränkung auf etwa quantitativ bzw. experimentell vorgehende Forschungen und sehr spezifische Fragestellungen (etwa Evaluierungen bestimmter Interventionsprogramme) möglich. Gleichzeitig sollte das – unseres Ermessens prinzipiell erfolgreiche – Experiment Forschungsbilanz/-synthese weiter entwickelt und geeignete Formate weiter erprobt werden.

Zwei Memoranden zum politischen Handeln wurden im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Forschungsbilanzen vorgelegt: Dies geschah zu den Problemkomplexen Sprache und Integration (Forschungsbilanzen 2, 3, 4) und Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Zusammenhang mit der ersten AKI-Forschungsbilanz (Migration und Illegalität) wurde auf ein derartiges Memorandum vor allem deshalb verzichtet, weil die empirische Basis, auf die die Forschungsbilanz aufbauen konnte, klare Schlussfolgerungen nicht hinreichend zuließ. Die Memoranden unterstützten die öffentliche Verbreitung der Kernaussagen der Forschungsbilanzen und leisteten eine Zuspitzung von deren politikrelevanten Folgerungen.

Als aufwändiger als ursprünglich vorhergesehen erwiesen sich die Auswahl der Prioritätsthemen und die Gewinnung von geeigneten Autor(inn)en der Forschungsbilanzen. Als zentrale Kriterien für die Themenwahl wurde festgelegt, dass die Themen

- für Öffentlichkeit und Politik bedeutsam sein sollten;
- Fragen aufgreifen sollten, zu denen in relevantem Umfang Forschungsergebnisse vorliegen, die momentan verstreut und schwer zugänglich oder in separaten disziplinären Diskursen verortet sind, deren Zusammenführung und Bewertung aber lohnend erscheint,
- nicht bereits an anderer Stelle mit ähnlicher Intention bearbeitet werden. Durch die Arbeit der AKI sollte ein origineller Beitrag geleistet werden.

Vor allem das zweite Kriterium erwies sich als nicht einfach umsetzbar: Es erforderte recht umfangreiche Recherchen festzustellen, zu welchen Fragestellungen ausreichend bilanzierbare Forschung vorliegt. Hierzu ist ja auch eine erste Einschätzung der Qualität der vorliegenden Arbeiten notwendig. Dies wurde in diesem Projekt i.w. vom Team und der Steuerungsgruppe der AKI sowie zum Teil in einer ersten Arbeitsphase den AutorInnen der Forschungsbilanzen geleistet. Es entstand also ein erheblicher Zeit- und Arbeitsaufwand, bevor noch eine präzise Festlegung geeigneter Themen möglich war. Es erwies sich, dass eine vorbereitende Phase notwendig ist, in der die Forschung sondiert und entschieden wird, ob eine Thematik für eine Forschungsbilanz geeignet ist oder aber eher eine Analyse des Forschungsbedarfs angemessen erscheint. Eventuell sollten schon in dieser Phase Gutachten in Auftrag gegeben und systematisch Expertendiskussionen durchgeführt werden. Im Zuge der AKI-Projekte zeigte sich, dass nach genauerer Analyse der Kenntnisstand zu vielen interessanten und wichtigen Themen weniger befriedigend als zunächst erwartet war, also die einzufordernde Forschungsleistung gegenüber dem belastbaren Erkenntnisstand stark überwog. Zielsetzung der AKI-Forschungsbilanzen sollte es aber vor allem sein, belastbare Erkenntnisse und damit auch Grundlagen für politische Entscheidungen auszuweisen, und nicht Forschungsbedarf offen zu legen. Die Feststellung eines theoretische wie empirisch unbefriedigenden Forschungsstandes gehört zu den durchgängigen Erkenntnissen der AKI-Tätigkeit und spiegelt den Entwicklungsstand eines bislang nicht entsprechend seiner gesellschaftlichen Bedeutung geförderten und systematisch entwickelten Forschungsfeldes.

Die Autorenschaft einer AKI-Forschungsbilanz erfordert sowohl Expertise als auch einen erheblichen Einsatz von Arbeitszeit und schließlich die Bereitschaft zur (erneuten) kritischen Durchsicht der Forschung bis hin zur Überprüfung der eigenen Positionen. Es liegt auf der Hand, dass diese Anforderungen die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten nicht einfach machen. Immer mehr erfordert die Logik des wettbewerbsorientierten Wissenschaftsbetriebes die schnelle Vorlage neuer Forschungsergebnisse – während die sorgfältige Bilanzierung des Erreichten nicht immer honoriert wird. Das Genre aufwändig zu erstellender interdisziplinärer Forschungssynthesen besitzt in vielen Disziplinen noch nicht den Rang, den es verdient. Denkbar wäre auch eine Arbeit mit Autorentams, um den Arbeitsaufwand handhabbar zu machen, eventuell disziplinär beschränkte Horizonte zu erweitern und ausgewogene Wertungen zu erzielen. Dies würde allerdings mehr Zeit und infrastrukturelle Unterstützung erfordern.

Die im Rahmen des Pilotprojekts zur Verfügung stehende Planungs- und Umsetzungszeiten erwiesen sich insgesamt als recht kurz; längere Zeiträume wären für vergleichbare Projekte zu empfehlen.

Insgesamt erweist sich die Erarbeitung der Forschungsbilanzen als durchaus aufwändiges und komplexes, gleichzeitig aber auch – wie wir durch die AKI-Forschungsbilanzen zu demonstrieren hoffen – notwendiges und sinnvolles Unterfangen. Vor dem Hintergrund eines keineswegs durchweg vorhandenen Konsenses über das, was als gesicherte Basis weiterer Forschung und politischen Handelns gelten kann, stellen die Forschungsbilanzen einen Versuch dar, in Anerkennung einer pluralen Wissenschaftslandschaft mithilfe transparenter Kriterien eine nachvollziehbare Bewertung des erzielten Kenntnisstandes vorzulegen. Wie wir glauben, bieten die fünf vorgelegten Forschungsbilanzen auf hohem wissenschaftlichen Niveau eine Übersicht über und Bewertung des international vorliegenden Kenntnisstandes zu ausgewählten Problemen. Sie bieten Orientierungen für politische Akteure und Interventionsvorhaben ebenso wie Anregungen für die weitere Entwicklung der Forschung.

Wir sehen den Bedarf an einem derartigen Instrument, das disparat erscheinende Erkenntnisse zusammenführt und bewertet und sowohl für die Weiterentwicklung der Wissenschaft als auch für politische Akteure besser nutzbar macht, grundsätzlich bestätigt. Die Forschungsbilanzen bieten neue Erkenntnisse vor allem über die belastbare Evidenz in der Gesamtheit bislang vorliegender Forschungen, über Defizite und sinnvolle Forschungsrichtungen sowie darüber, in welchem Maß Grundlagen politischer Interventionsentscheidungen vorliegen und in welche Richtung die wissenschaftlichen Erkenntnisse weisen. Generell erscheint eine regelmäßige derartige Bilanzierung des Wissensstandes zu ausgewählten Themen sowohl aus wissenschaftlicher wie politischer Sicht sinnvoll. Es gibt einen deutlichen Bedarf an Orientierungshilfen, und wir glauben gezeigt zu haben, dass eine Form der Forschungsbilanz, die diesem Bedürfnis entgegenkommt, prinzipiell realisierbar ist. Sie erweist sich allerdings auch als aufwändig, und sie stößt immer dort an Grenzen, wo die Forschung noch nicht ausreichend entwickelt ist.

### **III. 2 Tagungen und Workshops**

Das Format der von der AKI im Zusammenhang der Arbeit an den Prioritätsthemen veranstalteten Workshops bzw. Tagungen (vgl. den Überblick im Anhang) wurde bewusst unterschiedlich gestaltet. Insgesamt wurden fünf derartige Veranstaltungen durchgeführt. Allgemein wurde das Format von ein- bis zweitägigen Arbeitstagungen mit 20 bis 70 angemeldeten

TeilnehmerInnen gewählt. Die Veranstaltungen fanden in unterschiedlichen Phasen der Erarbeitung von AKI-Forschungsbilanzen statt und hatten damit in diesem Kontext unterschiedliche Funktionen (erste Einschätzung des internationalen Kenntnisstandes bis hin zur Diskussion der AKI-Ergebnisse). Sie hatten im Hinblick auf die Teilnehmerzahl und die thematische Breite einen unterschiedlichen Zuschnitt. Zum Teil waren durch die begrenzte Projektlaufzeit und vorausgehende konzeptionelle Debatten die Vorbereitungszeiten recht kurz (Wenn internationale Experten eingeladen werden sollen, empfiehlt es sich, 6-12 Monate im Voraus anzufragen.). Als Herausforderung erwies sich auch das Ziel, durch die Einbeziehung von Nicht-Migrationsspezialisten Perspektiven zu erweitern (Mainstreaming); wer nicht zum Themenfeld arbeitet, ist nicht unbedingt bereit, zwei oder drei Tage Arbeitszeit für eine Tagung zu opfern. Dagegen konnten internationale Besetzungen (Niederlande, USA, Kanada, Schweden, Großbritannien, Italien, Schweiz, Polen) und ein interdisziplinärer Dialog auf hohem Niveau realisiert werden. An Tagungen waren WissenschaftlerInnen aus der Soziologie, den Wirtschafts-, Politik- und Erziehungswissenschaften sowie Psychologen, Ethnologen und Linguisten beteiligt. Als schwierig erwies es sich (etwa beim Thema Illegalität), JuristInnen zu gewinnen, obwohl intensive Anstrengungen unternommen wurden. Hier scheint die Beschäftigung mit Migration und Integration eher in der Praxis als an den Universitäten stattzufinden.

## **IV. Weitere Projekte**

### **Datengrundlagen für Forschung und Politik**

Zwei Aktivitäten der Arbeitsstelle befassten sich mit den als Grundlage für Forschung wie Politik verfügbaren empirischen Daten. Die Arbeitsstelle agierte hier u. a. im Sinne ihrer Aufgabe, wechselseitige Kommunikationsprozesse zwischen Praxis und Wissenschaft zu fördern. Gleichzeitig wurde damit eine Problematik angegangen, die unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen wie Praxisbereiche betrifft und aktuell als sehr dringlich bewertet wird: Die Datengrundlage für eine Integrationspolitik ist überaus defizitär und die statistische Erfassung von unterschiedlichen Migrantengruppen jenseits des klassischen Kriteriums der Staatsbürgerschaft ein drängendes Anliegen.

In enger Abstimmung mit dem Referat 212 („Bildungsforschung, Bildungsberichterstattung, Standards“) des BMBF veranstaltete die Arbeitsstelle am 17./18. Juni 2004 ein Experten-

forum „**Bildungsdaten und Migrationshintergrund**“ mit 38 Teilnehmern aus Ministerien, Statistikämtern und Universitäten. Das Forum setzte an am Problem der Diskrepanz zwischen verfügbaren amtlichen (Schul-)Statistiken und den Informationen, die zur gezielten Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund notwendig sind. Ziel war es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen und zu diskutieren, welche Art der Erfassung des Migrationshintergrunds notwendig, rechtskonform sowie durchführbar ist. Begleitend wurde eine extern vergebene Expertise zu internationalen Erfahrungen im Hinblick auf die Erhebung des Migrationshintergrunds in amtlichen Statistiken erstellt. Für ein halbes Jahr konnte das wissenschaftliche Personal der Arbeitsstelle für dieses Projekt um einen halbtags beschäftigten Wissenschaftler, Veysel Özcan, ergänzt werden. Durch die Arbeitsstelle wurde eine Publikation der überarbeiteten Referate sowie einiger zusätzlicher Beiträge inhaltlich und technisch vorbereitet sowie durch ein eigenes Resümee der Ergebnisse ergänzt. Der Band ist im Mai 2005 in der Reihe Bildungsreform des BMBF erschienen und in elektronischer Form auch über die Website der AKI verfügbar. Bis April 2007 wurden nach einer Statistik des BMBF über 3300 Druckexemplare verbreitet und die Publikation in ähnlichem Umfang elektronisch abgerufen.

Als eintägige Veranstaltung führte die Arbeitsstelle am 18. Oktober 2005 ein Expertenforum zum Thema „**Datengrundlagen zu Struktur und Integration der Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund**“ durch. Dies geschah in Kooperation mit Professor Gert Wagner (DIW und damals Mitglied des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration). Die Veranstaltung fand mit 18 geladenen TeilnehmerInnen statt. Die Arbeitsstelle agierte hier als Organisator eines Forums, bei dem wichtige Akteure sich über die Hauptdefizite der Datenlage und aus wissenschaftlicher Sicht über sinnvolle wie praktikable Wege zur Abhilfe verständigen konnten, also im Sinne ihrer Kommunikations- und Vernetzungsfunktion. Die vorgenommene Defizitanalyse und die Forderung nach erweiterten empirischen Grundlagen für die Analyse von Integrationsprozessen bleiben aktuell: Gerade Panelanalysen von Integrationsprozessen und eine regelmäßige Integrationsberichterstattung könnten die wissenschaftliche Analysefähigkeit bedeutend erweitern und wichtige Grundlagen sowohl für Entscheidungen über politische Interventionen als auch für deren Evaluierung schaffen.

## **Kooperation mit der VolkswagenStiftung**

In Zusammenarbeit mit und separat finanziert durch die VolkswagenStiftung bearbeitete die AKI im Jahr 2005 ein Teilprojekt zur Vernetzung und weiteren Entwicklung der von der Stiftung ab 2005 geförderten „**Studiengruppen Migration und Integration**“. Für ein halbes Jahr konnte das wissenschaftliche Personal der Arbeitsstelle für dieses Projekt um eine halbtags beschäftigte Wissenschaftlerin, Esra Erdem, ergänzt werden. AKI leistete die konzeptionelle und organisatorische Vorbereitung und Durchführung eines Workshops, der am 6. und 7. Oktober 2005 am WZB stattfand, und legte konzeptionelle Überlegungen zur weiteren Vernetzung der Studiengruppen und zum Praxistransfer der Ergebnisse vor. Auch hier agierte die AKI im Sinne ihrer Aufgaben der Profilierung des Forschungsfeldes, der Förderung der internen Vernetzung und der Transferprozesse zwischen Wissenschaft und Praxis.

## **V. Weitere Beiträge zur Kommunikation und Vernetzung des Forschungsfeldes**

Ein zentrales Ziel der Arbeitsstelle war die Wahrnehmung einer Übersetzungsfunktion zwischen Wissenschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit, wobei die Arbeitsstelle im Forschungsfeld auch als eine Art Clearingstelle zur Herstellung der Kommunikationsfähigkeit nach außen fungieren sollte. Der Kommunikation und Vernetzung des Forschungsfeldes dienten – wie bereits ausgeführt – auch die AKI-Forschungsbilanzen und die von der Arbeitsstelle durchgeführten Workshops.

### **Der AKI-Newsletter**

Zu den in diesem Sinne eingesetzten Mitteln gehört daneben die Öffentlichkeitsarbeit vor allem durch Erstellung und Herausgabe des AKI-Newsletters. Der Newsletter berichtet über neue Forschungsergebnisse, das Forschungsgeschehen und die Infrastruktur (neue Projekte, neue/spezielle Einrichtungen, neue Informationsmöglichkeiten). Er sollte zur Übersetzungsarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis und zur Förderung der Kommunikation im Feld beitragen. Damit wurde ein spezielles Profil angestrebt und eine Replikation des Angebots anderer Dienste, z. B. des Newsletters „Migration und Bevölkerung“, vermieden. Eine ansteigende Abonnentenzahl (im Juli 2007 insges. 936, davon per mail: 357, per post: 579; nach 737 im

März 2005) zeigt das Interesse an diesem Informationsangebot. Zur Zielgruppe gehören WissenschaftlerInnen, die zum Themenfeld arbeiten bzw. daran interessiert sind, MitarbeiterInnen der Grundsatzabteilungen einschlägiger Verbände, JournalistInnen, MitarbeiterInnen von Ministerien und einschlägigen Ämtern (Ausländer- und Integrationsbeauftragte, BAMF etc.). Insgesamt wurden zwölf Ausgaben des AKI-Newsletters jeweils in einer gedruckten und einer elektronischen Version publiziert. Die Erscheinungsweise wurde aufgrund der Arbeitsbelastung der beiden Wissenschaftlerinnen von zunächst vorgesehenen vier auf drei jährliche Ausgaben reduziert. Der AKI-Newsletter diente auch als wichtiges Instrument zur Verbreitung der eigenen Arbeitsergebnisse.

### **Expertenübersicht – das Forschungsfeld**

Zu den kontinuierlich verfolgten Arbeiten gehörte die systematische Identifikation der im Forschungsfeld aktiven WissenschaftlerInnen und Arbeitsgruppen vor allem in der Bundesrepublik. Dies geschah über Recherchen im Internet, die systematische Auswertung einschlägiger Zeitschriften, von Datenbanken und Publikationen sowie den Besuch von Konferenzen. Die im Antrag vorgesehene Sichtung und Dokumentation der Forschungs- und Forscherpotentiale wurde dabei auf die Bereiche der in der AKI bearbeiteten Prioritätsthemen zuge-spitzt. Andere Optionen wurden geprüft und verworfen: Dies gilt für Serviceangebote in Form einer Dokumentation oder einer Datenbank zu Forschungsprojekten, Literatur und/oder ExpertInnen. In Gesprächen erwies sich die Nachfrage nach solchen Angeboten als eher verhalten. Zum Teil existieren solche Angebote bereits (foris-Datenbank des IZ Sozialwissenschaften, Expertendatenbank der Bundeszentrale für politische Bildung). Eine umfassende, auch allgemein zugängliche und flexibel nutzbare Datenbank wäre im Rahmen des Projekts (befristete Dauer, keine Stelle für DokumentarIn) nicht realisierbar gewesen. Allerdings ist das WZB an einem Verbundprojekt wissenschaftlicher Bibliotheken beteiligt, das – auf Basis der AKI-Ergebnisse – im Rahmen der Virtuellen Fachbibliothek Sozialwissenschaften ein Informationsangebot zu Migration und Illegalität bereitstellt. Gelegentliche Anfragen nach Experten wurden durch die Arbeitsstelle beantwortet.

Geprüft und verworfen wurden Überlegungen, eine Studie zum Forschungsfeld (beteiligte Disziplinen, theoretische Ansätze, inhaltliche Schwerpunkte, Vernetzungen etc.) durchzuführen. Dies wäre für einen begrenzten Adressatenkreis, etwa für in der Forschungsförderung aktive Institutionen, sowie im Kontext der Wissenschaftsforschung interessant, wurde aber aufgrund dieses begrenzten Nutzens anderen Projekten der AKI nachgeordnet.

## **Vernetzung und Koordinierung**

Insgesamt wirkten im Sinne der angestrebten Entwicklung einer „querschnittlichen, flexiblen Netzstruktur“ vor allem die Tagungen der Arbeitsstelle und der Newsletter sowie natürlich die Zusammenarbeit der an den Schwerpunktthemen beteiligten ExpertInnen. Auch die Kooperation mit der VolkswagenStiftung und deren Studiengruppen *Migration und Integration* war hierzu ein Beitrag. Prinzipiell erscheint ein Rückgriff auf derartige flexible Instrumente der Vernetzung sinnvoll, und in Richtung einer Förderung des interdisziplinären Dialogs und des Austauschs zwischen Forschung und Praxis wurden einige Erfolge erzielt. Das Anliegen des Praxistransfers wurde in der zweiten Projektphase – auch auf Vorschlag des Beirats – noch einmal intensiviert. Das Angebot von Zielgruppengesprächen zur Forschungsbilanz 5 erwies sich als sinnvolle Ergänzung der allgemeinen Pressearbeit und der gezielten Versendung von Forschungsbilanzen und „AKI-Forschungsbilanz kurz gefasst“. Durchweg war die Resonanz aus unterschiedlichen Praxisfeldern auf unsere Publikationen sehr gut, und die Zusammenführung und Bewertung ansonsten schwer überschaubarer wissenschaftlicher Ergebnisse wurde als sehr hilfreich empfunden.

Angesichts einer zunehmenden Konkurrenz innerhalb der Wissenschaft und darüber hinaus der starken Individualisierung und Spezialisierung der Forschung ist das Vorhaben einer Vernetzung im Forschungsfeld ein voraussetzungsvolles Anliegen. Sinnvoll und realistisch erscheint es, eine Arbeitsstelle wie die AKI als eine Art Netzwerkknoten aufzufassen. Eine weitergehende Koordinierung von Forschungsaktivitäten wäre wohl schwer durchsetzbar. Zur Förderung der Vernetzung im Feld und des interdisziplinären Austauschs sollten im Rahmen von ähnlich ausgerichteten Projekten im Feld der Migration und interkulturellen Beziehungen interdisziplinäre Tagungen eine wichtige Rolle spielen. Sollten tiefer gehende Kommunikations- und Kooperationsprozesse angestrebt werden, müsste über neue Formen, zum Beispiel über die Einrichtung längerfristiger Arbeitsgruppen nachgedacht werden. Wichtig erscheint es, Vernetzung über inhaltliche Projekte zu verfolgen, wie hier geschehen durch Forschungsbilanzen, während Vernetzung per se keine Erkenntnisfortschritte verspricht.

## **VI. Bilanz**

Auf Basis des Pilotprojekts AKI erscheinen die folgenden Erfahrungen zentral:

- Inter- und transdisziplinär angelegte Forschungsbilanzen zu wissenschaftlich wie gesellschaftlich relevanten Themen erscheinen sowohl für die Wissenschaftsentwicklung im Forschungsfeld als auch für die Orientierung politischer Akteure ein zentrales Desiderat, dessen Weiterentwicklung im Zentrum eines an die AKI anknüpfenden Projekts stehen sollte. Dabei erscheinen schon die Themenfindung als auch natürlich die Bearbeitung der Themen selbst als komplexe Prozesse, die umfangreiche Vorarbeiten und eine Konsultation von bzw. Kooperation mit unterschiedlichen ExpertInnen erfordern.
- Derartige Forschungsbilanzen bzw. die Arbeit an ihrer Erstellung können auch eine überaus wirksame Basis von Vernetzungen darstellen. Darüber hinaus wird dieses Anliegen durch interdisziplinäre Tagungen, kleinere Arbeitsgruppen und den Informationstransfer z.B. über einen Newsletter gefördert.
- Institutionell erscheinen – bei einer ähnlich breiten Aufgabenstellung wie der der AKI – einerseits eine ausreichend ausgestattete hauptamtlich tätige Koordinierungs- und Arbeitsstelle und andererseits ein Beirat mit gegebenenfalls projektbezogen arbeitenden Untergruppen sinnvoll. Für die Besetzung der Arbeitsstelle sind hohe wissenschaftliche Qualifikationen erforderlich, und eine kontinuierliche Einbindung der WissenschaftlerInnen in Forschungstätigkeiten erscheint im Interesse der Attraktivität der Stellen, ihrer Anerkennung im Feld und der kompetenten Ausübung der Tätigkeit geboten.

Insgesamt repräsentierte die Arbeitsstelle ein Pilotprojekt, das in mehrererlei Hinsicht neue Wege der Vernetzung und der Brückenschläge suchte. Die Erfahrungen und die Resonanz auf die Existenz der AKI haben den Nutzen einer entsprechenden Einrichtung unterstrichen. Im Rahmen der Begutachtung der Tätigkeit der Arbeitsstelle nach zweieinhalb Jahren kam der Beirat zu dem Urteil, dass die AKI eine „absolut sinnvolle“ und „qualitativ hochwertige“ Arbeit leiste. Hervorgehoben wurde die „Einzigartigkeit“ der Arbeitsstelle.

Die Investitionen in AKI und das hier zusammengetragene Wissen wurden durch die Einrichtung der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am WZB im Jahr 2007 auf Dauer gestellt. Damit wurden nicht unwesentliche Kapazitäten zur Behebung einiger der im Forschungsfeld eklatanten Forschungsdefizite bereit gestellt. Auch auf den Transfer der Forschungsergebnisse an ein wissenschaftliches wie außerwissenschaftliches Publikum

wird hier weiterhin großes Gewicht gelegt werden, und das WZB bietet hierzu gute Möglichkeiten. Die Publikationen der AKI bleiben weiterhin verfügbar.

Gleichzeitig können nicht alle Aufgaben und Ziele, die die Arbeitsstelle verfolgte, durch eine auf Primärforschung ausgerichtete Abteilung des WZB übernommen werden. Die Übernahme von Integrations- und Vernetzungsfunktionen in einem multidisziplinären Forschungsfeld erfordert eigene Ressourcen. Bemühungen des WZB um eine Finanzierung eines „Forschungsnetzwerks Migration – Integration – Diversität“ durch die Leibniz Gemeinschaft (WGL) waren nicht erfolgreich. Hier mag auch eine Rolle gespielt haben, dass das Anliegen der Forschungssynthese oder -bilanz noch nicht hinreichend als besondere und bedeutsame Aufgabenstellung anerkannt ist. Für ein Infrastrukturprojekt wie die AKI mit ihrer übergreifenden Aufgabenstellung gibt es in der aktuellen Wissenschaftslandschaft keine institutionelle Basis. Die Bundesregierung verzichtete bislang auf die Einrichtung eines Forschungs- und Beratungsinstituts zu Fragen der Migration und Integration, das die Aufgaben einer kontinuierlichen Auswertung der Forschung und des Praxistransfers übernehmen könnte. Gleichzeitig bleibt eine Fortsetzung und Weiterentwicklung des AKI-Programms prinzipiell sinnvoll, und es sollte weiter nach den Ressourcen und infrastrukturellen Bedingungen gesucht werden, um eine entsprechende Institution langfristig einzurichten.

Berlin, 4. April 2008

Dr. Karen Schönwälder (Leiterin der Arbeitsstelle)

# Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration

## Projekte 2003 bis 2007 (Übersicht)

### I. Konzeptionelles:

- Ausarbeitungen zur Ermittlung geeigneter Themen für Forschungsbilanzen
- Allgemeine Konzeption AKI-Forschungsbilanzen (Mitte 2003); Präsentation PD Dr. Andreas Beelmann 16.7.2004 zu Forschungssynthesen/Metaanalysen
- Konzeption Newsletter (Mitte 2003)

### II. Schwerpunktthemen:

#### Schwerpunktthema 1: Migration und Illegalität

- Bearbeitung: ca. Juli 2003 bis Januar 2005
- 2 externe Experten (Dr. Dita Vogel, Prof. Dr. Giuseppe Sciortino)
- International besetzter Workshop im November 2003
- Pressegespräch im Januar 2005
- Veröffentlichungen:
  - Karen Schönwälder, Dita Vogel, Giuseppe Sciortino, *Migration und Illegalität in Deutschland*. AKI-Forschungsbilanz 1, Berlin 2004.
  - Karen Schönwälder, Dita Vogel, Giuseppe Sciortino, *Migration and Illegality in Germany*. AKI Research Review 1, Berlin 2006.
- Resonanz [Beispiele]:
  - Berichte auch in überreg. Printmedien z. B. größere Artikel in der FAZ und der WAZ,
  - um die 100 links mit google;
  - rezipiert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Forschungsbericht 2, 2006), durch das Bundesministerium des Innern (BMI, Illegal aufhältige Migranten in Deutschland: Datenlage, Rechtslage, Handlungsoptionen, 2007) in Bibliographie des Wiss. Dienstes des Dt. Bundestages, durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA);
  - wissenschaftliche Rezeption z. B. in: E. Riedel/R. Wolfrum (eds.), *Recent Trends in German and European Constitutional Law*, Berlin/Heidelberg/New York 2006;

#### Schwerpunktthema 2: Sprache, Bildung, Integration

- Bearbeitung: ca. Juli 2004 bis Februar 2006
- interner Hauptexperte (Prof. Dr. H. Esser), 2 kleinere externe Expertisen zu Integrationskursen in den Niederlanden und Schweden
- Workshop *Bilingual School Programs* im November 2004;  
Konferenz *The Integration of Immigrants: Language and Educational Achievement*, 30. Juni und 1. Juli 2005

## Veröffentlichungen:

AKI (Hrsg.), *The Effectiveness of Bilingual School Programs for Immigrant Children*, WZB discussion paper SP IV 2005-601, Berlin 2005; contributions at an AKI-Conference by R. Slavin/A. Cheung, Chr. Rossell/J. Kuder, G. Driessen, M. Axelsson, H. Reich and I. Gogolin.

Janina Söhn, *Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder. Ergebnisse der Evaluationsforschung zu seinen Auswirkungen auf Zweitspracherwerb und Schulerfolg*, AKI-Forschungsbilanz 2, Berlin 2005.

Karen Schönwälder, Janina Söhn, Ines Michalowski (unter Mitwirkung von Katarina Löbel), *Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen: Erkenntnisse über ihre Wirkungen aus den Niederlanden, Schweden und Deutschland*, AKI-Forschungsbilanz 3, Berlin 2005.

Hartmut Esser, *Migration, Sprache und Integration*, AKI-Forschungsbilanz 4, Berlin 2006.

Hartmut Esser, *Migration, Language and Integration*, AKI-Research Review 4, Berlin 2006.

Memorandum der AKI

- Resonanz:
  - hervorragende Medienresonanz, u.a. Handelsblatt, FAZ, taz, Südde.; 7 Radioauftritte, 1 TV;
  - positive Reaktionen aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Bundesministerium des Innern (Abteilungsleiter); vom DGB Bildungswerk; Berliner Senatsverw. Bildung, Jugend und Sport: „hochinteressant und sehr gelungen“ (zu AKI 2);
  - etliche Internet-Links (weit über 100);
  - Beispiele wiss. Rezeption: K. Brizić (2006), *The secret life of languages. Origin-specific differences in L1/L2 acquisition by immigrant children*, *International Journal of Applied Linguistics* 16 (3), 339–362; Studie des Zentrum für Soziale Innovation, Wien, „Between Equal Opportunity and Marginalisation A Longitudinal Perspective on the Social Integration of Migrants“ (2006); C. Schroeder, *Integration und Sprache*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2007; Guadatiello in „Migration und soziale Arbeit“ 3/4, 2006; Einladung der AKI-Mitarbeiterin J. Söhn zum Jahreskongress der österreichischen Linguisten.

## Schwerpunktthema 3: Bildungsbenachteiligung (sozialpsych. Forschung)

- Bearbeitung: ab ca. Herbst 2004 bis Okt. 2006
- 1 externe Hauptexpertin (Prof. Dr. Janet W. Schofield), Mitarbeit Dr. B. Schauenburg; gesonderte Expertise Dr. C. Kristen
- Konferenz im Sommer 2005 (s.o.)
- Pressepräsentation + zwei Zielgruppengespräche (mit Vertretern von Migrantengorg., der Senatsverw. Berlin, des Kultusministeriums Brandenburg u.a.) + Diskussionsveranstaltung am WZB (mit Prof. Lehmann, Humboldt-Universität zu Berlin)
- Veröffentlichungen:

Janet Ward Schofield in Zusammenarbeit mit Kira Alexander, Ralph Bangs und Barbara Schauenburg, *Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie*, AKI-Forschungsbilanz 5, Berlin 2006.

Janet Ward Schofield in cooperation with Kira Alexander, Ralph Bangs and Barbara Schauenburg, *Migration Background, Minority-Group Membership and Academic Achievement. Research Evidence from Social, Educational, and Developmental Psychology*, AKI Research Review 5, Berlin 2006.

Memorandum der AKI

Cornelia Kristen, *Ethnische Diskriminierung im deutschen Schulsystem? Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse*, WZB Discussion Paper, Berlin 2006.

- Resonanz:
  - außerordentlich gute Medienresonanz, 5 Radio- und 2 Fernsehinterviews (incl. ZDF heute), Berichte in mehr als zwei Dutzend Zeitungen und Online-Foren
  - Memorandum war Gegenstand einer Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus; nachgedruckt z. B. in der Zeitschrift „inform“ 1/2007 (Landesjugendamt Rheinland).

#### **Schwerpunktthema 4: Räumliche Segregation**

- Bearbeitung: ab Februar 2005 bis i. w. April 2007
- 1 externer Hauptexperte (Prof. Dr. H. Häußermann), 4 kleinere externe Expertisen (Prof. R. Andersson, Prof. C. Peach, Prof. S. Musterd/Dr. W. Ostendorf, Dr. D. Oberwittler)
- Expertenworkshop im März 2006
- Veröffentlichungen:
  - Karen Schönwälder und Janina Söhn, *Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen*, WZB Discussion Paper SP IV 2007-601, Berlin 2007.
  - Karen Schönwälder (Ed.), *Residential Segregation and the Integration of Immigrants: Britain, the Netherlands and Sweden*, WZB Discussion Paper SP IV 2007-602, Berlin 2007.
  - Dietrich Oberwittler, *The Effects of Ethnic and Social Segregation on Children and Adolescents: recent research and results from a German multilevel study*, WZB Discussion Paper SP IV 2007-603, Berlin 2007.
- Resonanz
  - Nachfrage nach weiteren Publikationen:
    - Karen Schönwälder und Janina Söhn, *Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland*, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.), Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse der Projekts „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt: Schader Stiftung u. a., S. 73-91;
    - Karen Schönwälder und Janina Söhn, *MigrantInnen in deutschen Städten: Siedlungskonzentrationen und deren Relevanz für Integrationsprozesse*, in: Migration und Soziale Arbeit, 29. Jg., Heft 3-4, 2007;
    - Immigrant Settlement Structures in German Cities*, eingereicht bei Fachzeitschrift.
  - Artikel aus WZB-Mitteilungen (113, Herbst 2006) nachgedruckt als *Frankfurter Rundschau* Dokumentation im Sept. 2006 und in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), *Innerstädtische Raumbewertung: Methoden und Analysen*, Bonn 2007; auf der Internetseite des NRW-Landesverbandes der „Deutsche Vereinigung für Politische Bildung“ (DVPB); Kurzinfo in der Zeitschrift „Migration und soziale Arbeit“;
  - weitere Pressereaktionen.

### **III. Weitere Projekte**

- Expertenforum „Daten zu Struktur und Integration der Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund“, 18. Oktober 2004, Kooperation mit Prof. Dr. G. Wagner (DIW; Zuwanderungsrat), ca. 15 TN (nicht öff.)

- Kooperation mit BMBF, Expertenforum und Publikation: Bildungsdaten und Migrationshintergrund, 17./18. Juni 2004 (ca. 30 geladene TN)

**Publikation:**

AKI, *Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik*, Band 14 der Reihe Bildungsreform des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin 2005.

**Rezeption:**

Nach BMBF-Statistik 5.999 Internetabrufe und Bestellungen (davon 3319 Druckexemplare);

zitiert bei: R. Kuhnke, *Indikatoren zur Erfassung des Migrationshintergrundes*, DJI-Arbeitspapier, München 2006; Maurizio Libbi, Nina Bergmann, Vincenzo Califano (Hrsg.) *Berufliche Integration und plurale Gesellschaft. Zur Bildungssituation von Menschen mit italienischem Migrationshintergrund in Deutschland*, Düsseldorf 2006; auf der Internetseite *Zusammenleben-in-Deutschland.de*.

Der vom BMJ erstellte "16. – 18. Bericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung" (2006) führt unseren Band an (S. 44).

Erkenntnisse aus dem Projekt gingen ein in ein Projekt des Integrationsbeauftragten des Senats von Berlin zu Indikatoren zur Messung von Integration. Vgl.: Janina Söhn, *Bildungsdaten und Migrationshintergrund: Bilanz und Perspektiven*, S. 71-78, in: *Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen*, hg. von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin 2007.

- Projekt VolkswagenStiftung: Workshop der von der VolkswagenStiftung geförderten „Studiengruppen Migration und Integration“, Entwicklung und Diskussion von Instrumenten zur Vernetzung der Studiengruppen und zur Vermittlung von deren Arbeit mit Praxisvertretern (15.4.-15.10.2005)
- Konferenz „Herausforderungen der Integrationsforschung und -politik“, 13./14. April 2007, ca. 70 Teilnehmer(inn)en  
Öffentliche Auswertung im AKI-Newsletter (no. 12) und WZB-Mitteilungen; eigene Analysen des Forschungsstandes, Entwicklung von Vorschlägen zur weiteren Forschung.

#### **IV. Weitere Publikationen**

- AKI-Newsletter: 12 Ausgaben, zuletzt 936 AbonnentInnen
- Miles Hewstone, *Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte: Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration*, WZB discussion paper Nr. SP IV 2004-601, Berlin 2004.

#### **V. Allgemeine Resonanz**

- Etliche Einladungen zu Vorträgen, Medienanfragen zu aktuellen Themen
- Das Goethe-Institut stellt auf seiner Website „Deutschland denkt“ die Arbeitsstelle einem internationalen Publikum als eine der in Deutschland einschlägigen Forschungseinrichtungen und als Partner des Goethe-Instituts vor.

## **Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)**

### **Personal**

#### **Mitarbeiter(inn)en am WZB**

Dr. habil. Karen Schönwälder (Leiterin der Arbeitsstelle) (Mai 2003 – Oktober 2007)

Janina Söhn (wissenschaftliche Mitarbeiterin) (Mai 2003 – April 2007)

Veysel Özcan (wissenschaftlicher Mitarbeiter) (Februar – Juni 2004)

Esra Erdem (wissenschaftliche Mitarbeiterin) (Mai – Oktober 2005)

Ines Michalowski (wissenschaftliche Mitarbeiterin) (Mai – November 2006)

Helen Baykara-Krumme (wiss. Mitarbeiterin) (Dezember 2006 – September 2007)

Nadine Schmid (wissenschaftliche Mitarbeiterin) (September – Oktober 2007)

Manuela Ludwig (Sekretariat) (Mai 2003 – Oktober 2007)

Clémence Naaimi (studentische Hilfskraft)

Nadine Schmid (studentische Hilfskraft)

Joanna Schenke (studentische Hilfskraft)

Jenny Schneider (Praktikantin)

Nilgün Daglar (Praktikantin)

Prof. Dr. Giuseppe Scortino (Gast) (November – Dezember 2003)

Prof. Dr. Hartmut Esser (Gast) (Herbst 2004 – Anfang 2005)

Prof. Dr. Janet Ward Schofield (Gast) (Juni/Juli 2005)

#### **Steuerungsgruppe**

Prof. Dr. Klaus J. Bade

Prof. Dr. Hartmut Esser

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Prof. Dr. Amélie Mummendey

Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt

#### **Beirat**

Prof. Dr. Jutta Allmendinger (bis November 2005)

Marie-Luise Beck (vertreten durch Dr. A. Kapphan)

Prof. Dr. Roland Eckert

Prof. Dr. Leonie Herwartz-Emden

Prof. Dr. Miles Hewstone (bis Januar 2006)

Prof. Barbara John

Memet Kiliç

Prof. Dr. Wilhelm Krull (vertreten durch Prof. A. Horstmann)

Prof. Dr. Douglas Massey

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun

Prof. Dr. Thomas F. Pettigrew

Prof. Dr. Shalini Randeria

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Prof. Dr. Andreas Wimmer

## **Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)**

### **Tagungen/Workshops**

- Offizielle Eröffnung der Arbeitsstelle, 28. November 2003  
*Abendveranstaltung mit einem Vortrag von Prof. Dr. Miles Hewstone und Grußworten von Staatssekretär Catenhusen sowie (schriftlich) dem Bundespräsidenten*
- „Migration und Illegalität: Problemanalyse und Handlungsmöglichkeiten“  
(„Migration and Illegality: Key Problems and Possible Interventions“),  
21./22. November 2003  
*Zweitägige, international besetzte Expertentagung zur Vorbereitung der AKI-Forschungsbilanz 1 über „Migration und Illegalität“*
- „Bildungsdaten und Migrationshintergrund“, 17./18. Juni 2004  
*Tagung mit Fachleuten aus Ministerien und Wissenschaft zur Verbesserung der Datengrundlage für die Bildungspolitik*
- „Datengrundlagen zu Struktur und Integration der Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund“, 18. Oktober 2004  
*Expertengespräch u. a. mit Prof. G. Wagner über die aktuelle Datenlage und anzustrebende Reformen*
- „The Effectiveness of Bilingual School Programs for Immigrant Children“,  
18. und 19. November 2004  
*International besetzter Expertenworkshop über ausgewählte Interventionsprogramme zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund*
- “The Integration of Immigrants: Language and Educational Achievement”,  
30. Juni und 1. Juli 2005  
*International und interdisziplinär besetzte Konferenz mit Präsentation und Diskussion zentraler Zwischenergebnisse der Arbeiten zu den AKI-Forschungsbilanzen 3 und 4*
- Workshop mit den 'Studiengruppen Migration und Integration' der VolkswagenStiftung, 6. und 7. Oktober 2005  
*Tagung zur Diskussion neuer Forschungsprojekte und zu deren Vernetzung.*
- Expertenworkshop „Ethnic Segregation in Germany and Europe“, 31. März 2006  
*International besetzter Expertenworkshop im Zusammenhang mit den Arbeiten am Schwerpunktthema „räumliche Segregation“, Präsentation von Expertisen*
- „Herausforderungen der Integrationsforschung und -politik“, 13./14. April 2007  
*International besetzte Tagung zu Übergängen im Bildungsbereich und zur politischen Partizipation von MigrantInnen*

## **Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)**

### **Publikationen**

Miles Hewstone, *Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte: Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration*, WZB discussion paper Nr. SP IV 2004-601, Berlin 2004 (20 S.).

Karen Schönwälder, Dita Vogel, Giuseppe Sciortino, *Migration und Illegalität in Deutschland*. AKI-Forschungsbilanz 1, Berlin 2004 (101 S.).

Karen Schönwälder, Dita Vogel, Giuseppe Sciortino, *Migration and Illegality in Germany*. AKI Research Review 1, Berlin 2006 (99 S.).

AKI (Hrsg.), *The Effectiveness of Bilingual School Programs for Immigrant Children*, WZB discussion paper SP IV 2005-601, Berlin 2005; contributions at an AKI-Conference by R. Slavin/A. Cheung, Chr. Rossell/J. Kuder, G. Driessen, M. Axelsson, H. Reich and I. Gogolin (147 S.).

Janina Söhn, *Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder. Ergebnisse der Evaluationsforschung zu seinen Auswirkungen auf Zweitspracherwerb und Schulerfolg*, AKI-Forschungsbilanz 2, Berlin 2005 (78 S.). [Summary in English available online]

AKI, *Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik*, Band 14 der Reihe Bildungsreform des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin 2005.

Karen Schönwälder, Janina Söhn, Ines Michalowski (unter Mitwirkung von Katarina Löbel), *Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen: Erkenntnisse über ihre Wirkungen aus den Niederlanden, Schweden und Deutschland*, AKI-Forschungsbilanz 3, Berlin 2005 (64 S.). [Summary in English available online]

Hartmut Esser, *Migration, Sprache und Integration*, AKI-Forschungsbilanz 4, Berlin 2006 (121 S.).

Hartmut Esser, *Migration, Language and Integration*, AKI-Research Review 4, Berlin 2006 (119 S.).

Janet Ward Schofield in Zusammenarbeit mit Kira Alexander, Ralph Bangs und Barbara Schauenburg, *Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie*, AKI-Forschungsbilanz 5, Berlin 2006 (140 S.).

Janet Ward Schofield in cooperation with Kira Alexander, Ralph Bangs and Barbara Schauenburg, *Migration Background, Minority-Group Membership and Academic Achievement. Research Evidence from Social, Educational, and Developmental Psychology*, AKI Research Review 5, Berlin 2006 (122 S.).

Cornelia Kristen, *Ethnische Diskriminierung im deutschen Schulsystem? Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse*, WZB Discussion Paper, Berlin 2006 (43 S.).

Karen Schönwälder und Janina Söhn (unter Mitarbeit von Nadine Schmid), *Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen*, WZB Discussion Paper SP IV 2007-601, Berlin 2007 (60 S.).

Karen Schönwälder (Ed.), *Residential Segregation and the Integration of Immigrants: Britain, the Netherlands and Sweden*, WZB Discussion Paper SP IV 2007-602, Berlin 2007 (116 S.).

Dietrich Oberwittler, *The Effects of Ethnic and Social Segregation on Children and Adolescents: recent research and results from a German multilevel study*, WZB Discussion Paper SP IV 2007-603, Berlin 2007 (46 S.).

## Anlage

Die AKI-Forschungsbilanzen “kurz gefasst”

Karen Schönwälder, Dita Vogel, Giuseppe Sciortino  
Migration und Illegalität in Deutschland  
AKI-Forschungsbilanz 1  
Berlin, Dezember 2004

Migration und Illegalität in Deutschland:  
Die AKI-Forschungsbilanz kurz gefasst

### *Die AKI-Forschungsbilanzen*

Die AKI-Forschungsbilanz „Migration und Illegalität in Deutschland“ erfasst und bewertet den gegenwärtigen Wissensstand zu diesem Thema. Absicht der AKI-Forschungsbilanzen ist es generell, den Kenntnisstand zu einer ausgewählten Thematik zu systematisieren und zu bewerten, hinreichend gesicherte Erkenntnisse von Hypothesen und kontroversen Positionen zu scheidern, Lücken und Desiderata aufzuweisen und damit Grundlagen für die Weiterentwicklung der Forschung und für politisches Handeln zu bieten.

### *Schwerpunkt Deutschland*

Im Mittelpunkt dieses Berichts steht die Situation in Deutschland, also Rahmenbedingungen und Konsequenzen illegaler Migration für die deutsche Gesellschaft und für die AusländerInnen, die ohne die dafür erforderliche Genehmigung oder Duldung in Deutschland leben. Dabei wurden zentrale Ergebnisse der internationalen Forschung einbezogen.

### *Politik auf unsicherer Grundlage*

Das Phänomen der „illegalen Migration“ wird öffentlich diskutiert, und vielfach wird angenommen, dass hier gravierende Probleme vorliegen, die politisches Handeln erfordern. Dabei besteht allerdings weder über den genauen Charakter und das Ausmaß der Probleme, noch über Erfolg versprechende wie politisch und moralisch vertretbare Interventionsstrategien hinreichende Klarheit. Politisches Handeln erfolgt heute auf Grundlage großer Ungewissheit. Weder Politik noch Wissenschaft haben bislang ausreichende Anstrengungen unternommen, um wichtige Fragen zu klären.

### *Eine unbefriedigende Forschungslage*

Systematische wissenschaftliche Untersuchungen der illegalen Migration und der Hintergründe und Lebensumstände von illegal in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen sind noch selten. Bei einer insgesamt unbefriedigenden Forschungslage gibt es besonders gravierende Leerstellen in der Erforschung der Auseinandersetzung von Recht und Politik mit der illegalen Migration sowie von Reaktionen der Zivilgesellschaft. Analysen von Arbeitsmarktstrukturen (Nachfrage, Segmentierung etc.) sind allenfalls ansatzweise vorhanden. Durch einige qualitative Studien besitzen wir partielle Informationen vor allem über die Lebenslagen illegaler MigrantInnen, wobei über Arbeitsmigrantinnen und -migranten und zwar vor allem aus Polen mehr Erkenntnisse vorliegen als über Flüchtlinge und den unerlaubten Familiennachzug sowie die illegale Migration aus China oder Afrika. Illegale Migration ist nicht prinzipiell unerforschbar – der Bericht diskutiert methodische Vorgehensweisen und stellt Beispiele aus der internationalen Forschung vor, wobei u. a. empfohlen wird, aus solchen Beispielen und aus Projekten in anderen Themenfeldern (z. B. über Obdachlose oder Prostitution) zu lernen.

### *Der Umfang der illegalen Migration ist unbekannt*

Verlässliche Aussagen über die absolute Zahl der illegal in Deutschland lebenden Migranten existieren nicht. Plausibel ist allerdings die Annahme, dass zwischen 1990 und 1996 die Anzahl der illegalen Migranten in Deutschland anstieg. Seitdem ist die Zahl der Personen ohne legalen Status in Deutschland unter Umständen nicht länger gewachsen, sondern stagniert oder nimmt eventuell sogar ab. Allerdings lässt sich nicht ausschließen, dass weniger ein Rückgang als ein Formwandel der illegalen Einreise stattgefunden hat und mehr Personen heute Touristenvisa zur Einreise nutzen. Aus verschiedenen Gründen wäre es wünschenswert Anstrengungen zu unternehmen, um den Umfang der illegalen Migration in die Bundesrepublik und die Zahl der hier illegal lebenden AusländerInnen verlässlicher einzuschätzen. Heute hat keine der für Deutschland und Europa kursierenden Zahlenangaben eine solide Grundlage.

### *Vielfältige Migrationsmuster und -motive*

Die Gruppe der illegal ansässigen Migranten, Wanderungsmotive, Wege nach Deutschland und in die Illegalität sind vielfältig: Zu „Illegalen“ werden Arbeitssuchende, Flüchtlinge, Studierende oder Au Pairs, Kinder und ältere Menschen, die bei ihren in Deutschland ansässigen Familien leben wollen. Es wird vermutet, dass die meisten von ihnen legal nach Deutschland einreisen. Das Leben in der Illegalität – so übereinstimmend die vorliegenden Studien – ist oft kein dauerhafter Zustand. Menschen bewegen sich zwischen rechtmäßigen und unrechtmäßigen Situationen. Es gibt einige Anhaltspunkte für die Annahme, dass die meisten derjenigen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, dies nur für eine begrenzte Zeit tun. Während wir wissen, dass die statuslosen MigrantInnen keine homogene Gruppe sind, haben wir keine verlässlichen Informationen über ihre genauere demographische, soziale und ethnische Struktur.

### *National spezifische Rahmenbedingungen*

Während die illegale Migration ein weltweit existierendes Phänomen ist, prägen einige grundlegende Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten sie auf unterschiedliche Weise. Solche prägenden Bedingungen sind etwa die Definition des illegalen Aufenthalts im Recht, die Struktur der Kontrollsysteme und die Durchsetzung der Rechtsnormen, der Wohlfahrtsstaat, Struktur und Regulierung des Arbeitsmarktes, die Beschaffenheit der sozialen Netzwerke und die Reaktionen der Zivilgesellschaft auf die illegalen MigrantInnen. So schränkt die relativ starke Regulierung des Arbeitsmarktes Möglichkeiten der Beschäftigung ein. Ob besonders strikte Kontrollsysteme in Deutschland die illegale Migration wirkungsvoll begrenzen, ist umstritten. Eine größere politische Bewegung für die Rechte der illegalen MigrantInnen hat sich in Deutschland (anders als z. B. in Frankreich) bislang nicht entwickelt.

### *Löhne und Arbeitsbedingungen nicht umfassend gefährdet*

Pauschale Annahmen einer Gefährdung der Löhne und Arbeitsplätze von Einheimischen durch illegale Migration sind heute nicht berechtigt, zum Teil recht dramatische Bedrohungsszenarien unangebracht. Empirische Studien – durchgeführt vor allem in den USA – haben bislang bzgl. der illegalen Migration keine massiven Auswirkungen auf die Löhne und Beschäftigung der Einheimischen gezeigt; generell sind die Einflüsse von Migration auf die Löhne und Arbeitsbedingungen von Einheimischen offenbar begrenzt, vernachlässigenswert oder sogar nicht existent. Allerdings könnte in bestimmten Sektoren und für bestimmte Gruppen von Arbeitskräften die Verfügbarkeit billigerer Arbeitskräfte durchaus zu reduzierten Beschäftigungschancen oder Lohnsenkungen führen.

Die Auswirkungen der illegalen Migration sollten differenziert nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengruppen betrachtet werden. Heute sind dabei nur Tendenzaussagen möglich: So erscheinen Baugewerbe und private Haushalte als Hauptbeschäftigungsbereiche illegaler MigrantInnen. Eine Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte erscheint angesichts eines wohl segmentierten Arbeitsmarktes vor allem im Baugewerbe möglich, allerdings sind hier neben der illegalen Migration Prozesse der Liberalisierung und der Umstrukturierung der Branche entscheidende Faktoren.

### *Kaum Belastungen der öffentlichen Haushalte und Sozialkassen*

Signifikante Belastungen für den deutschen Sozialstaat und die öffentlichen Haushalte entstehen aktuell durch die illegale Migration nicht, u. a. da kaum Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Umstritten ist allerdings, ob Kosten für die umfangreichen Kontrollapparate als Kosten der illegalen Migration angesehen werden könnten.

### *Heterogene Lebenslagen*

Zur Lebenssituation der illegalen MigrantInnen liegen keine wirklich weit gespannten, systematischen empirischen Studien vor; wir verfügen lediglich über eine begrenzte Zahl von Einzelbeobachtungen. So wissen wir einiges über das Spektrum vorkommender Probleme und Situationen, sind aber in vielen Fällen nicht in der Lage zu entscheiden, wie weit verbreitet oder aber selten solche Situationen und Probleme sind. Soweit die vorliegenden Informationen allgemeine Aussagen zulassen, verweisen sie darauf, dass die Lebenslagen illegal in Deutschland lebender MigrantInnen sehr unterschiedlich sind. MigrantInnen ohne Status sind nicht per se Menschen in Not, aber die illegale Existenz kann durchaus mit Notlagen einhergehen. Unter ihnen sind sowohl Opfer von Ausbeutung als auch Akteure, die aktiv Gelegenheiten zur Verbesserung ihrer Lebenslage ausschöpfen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie zu wichtigen gesellschaftlichen Ressourcen und Infrastrukturangeboten keinen Zugang haben. Dies gilt nicht nur für Bildungssystem und Sozialleistungen, sondern auch für ein Bankkonto, Versicherungsschutz, den Zugang zum Rechtssystem. Dennoch erscheint gegenwärtig die Vermutung, dass hier eine neue Unterschicht entstanden sei, nicht zutreffend. Belege für einen signifikanten Zusammenhang zwischen illegaler Migration und Kriminalität gibt es für Deutschland nicht.

### *Restriktive Interventionen – unklare Wirkungen*

Über die Motive und Wirkungen politischer und gesellschaftlicher Reaktionen auf Migration und Illegalität besitzen wir nur sehr partielle Erkenntnisse. Es ist nicht umfassend bekannt, welche Wirkungen die in Deutschland überwiegend restriktiven Interventionen, so die umfangreichen, sehr kostenträchtigen Ausweitungen von Grenzkontrollen, hatten. In der internationalen Forschung dominiert Skepsis gegenüber der Effektivität von Sanktionen gegen Arbeitgeber und von Kontrollen der Arbeitsstätten – allerdings stützt sich dieses Urteil nicht auf umfangreiche empirische Studien. Legalisierungen von Illegalen konnten eine längerfristige Verminderung unerwünschter Zuwanderung nicht erreichen. Allerdings erscheint es nicht unrealistisch, dass sie dazu beitragen können, soziale Ausgrenzung zu reduzieren und illegal Beschäftigte in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Legale Migrationsmöglichkeiten können unter Umständen eine Alternative bieten, die illegale Migration vermindern hilft. Politische Interventionen haben häufig auch nicht intendierte Effekte, zu denen Marginalisierungsprozesse, die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Förderung der Fremdenfeindlichkeit gehören können.

### *Kenntnisstand verbessern – Politik evaluieren*

Insgesamt konstatiert diese Forschungsbilanz einen überaus unbefriedigenden Kenntnisstand, der nur vorläufige Aussagen zulässt. Politik operiert heute auf einer Basis großer Ungewissheit, und es wäre dringend erforderlich, durch klug konzipierte Forschungsanstrengungen unsere Wissensbasis zu erweitern und gleichzeitig politische Interventionen stärker auf ihre Wirkungen hin zu überprüfen.

\*\*\*

Die PDF-Datei des Berichts ist unter [www.aki.wz-berlin.de](http://www.aki.wz-berlin.de) herunterzuladen.

Bestellungen an:

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [aki@wz-berlin.de](mailto:aki@wz-berlin.de)

Fon: +49 (030) 25491352

Fax: +49 (030) 25491308



Janina Söhn  
Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder  
AKI-Forschungsbilanz 2  
Berlin, Juni 2005

## Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder: Die AKI-Forschungsbilanz kurz gefasst

### *Die AKI-Forschungsbilanzen*

Die AKI-Forschungsbilanz „Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder. Ergebnisse der Evaluationsforschung zu seinen Auswirkungen auf Zweitspracherwerb und Schulerfolg“ erfasst und bewertet den gegenwärtigen Wissensstand zu diesem Thema. Absicht der AKI-Forschungsbilanzen ist es generell, den Kenntnisstand zu einer ausgewählten Thematik zu systematisieren und zu bewerten, hinreichend gesicherte Erkenntnisse von Hypothesen und kontroversen Positionen zu scheiden, Lücken und Desiderata aufzuweisen und damit Grundlagen für die Weiterentwicklung der Forschung und für politisches Handeln zu bieten.

### *Ausgangspunkt: unterdurchschnittlicher Bildungserfolg von Migrantenkindern*

Ausgangspunkt dieser Studie ist das unterdurchschnittliche Abschneiden von Kindern mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen. Ein bedeutender Grund hierfür sind mangelnde Deutschkenntnisse. Viele dieser Kinder lernen in ihren Familien zunächst eine andere Sprache als Deutsch. Haben sie als Schulanfängerinnen und Schulanfänger noch kein muttersprachliches Niveau im Deutschen erreicht, besteht ohne gezielte Förderung das Risiko, dass sich dieses anfängliche Defizit über die gesamte Schulkarriere hinweg negativ auswirkt.

### *Zweisprachiger Unterricht: ein umstrittenes Modell*

Ein Modell einer solchen Förderung ist die bilinguale Erziehung. Im Kontext von Zuwanderung beinhaltet bilinguale Erziehung eine Alphabetisierung sowohl in der Muttersprache der Migrantinnen und Migranten als auch in der Landessprache; auch Fachunterricht wird in beiden Sprachen erteilt. Inwieweit Kinder mit Migrationshintergrund hiervon profitieren, ist umstritten. Zugunsten zweisprachiger Erziehung werden sprachwissenschaftliche und politische Argumente angeführt. Zum einen wird sie als förderlich für den Zweitspracherwerb und die kognitive Entwicklung erachtet. Zum anderen drückt sie die Anerkennung der Herkunftssprache als wichtige Ressource in einer kulturell und sprachlich vielfältigen Gesellschaft aus. Gegner bilingualer Unterrichtsmodelle hingegen befürchten primär, dass ein Unterricht in der Muttersprache nur auf Kosten des Zweitspracherwerbs möglich ist und letztlich gleichen Bildungschancen entgegensteht.

### *Fragestellung: Bilingualer Unterricht – Hindernis oder Basis für eine erfolgreiche Schullaufbahn?*

Dieser Bericht fragt danach, welchen Effekt zweisprachige Unterrichtsformen auf den Zweitspracherwerb und die Schulleistungen haben. Die Förderung der Zweisprachigkeit bzw. der Kompetenzen in der Erstsprache selbst steht hier nicht im Zentrum. Die Wirkung eines bilingualen Unterrichts wird im Vergleich zur Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern derselben Herkunftssprache in einsprachigen Klassen (Regelunterricht oder spezielle Unterrichtung der Landessprache als Zweitsprache) beurteilt. Im Fokus stehen bilinguale Modelle an Grundschulen.

### *Empirische Basis: Auswertung vorhandener Evaluationsstudien*

Basis dieser AKI-Forschungsbilanz sind zwei neuere Metaanalysen sowie einzelne Studien, die bilingualen Unterricht für Migrantenkinder evaluierten. Die meisten dieser Forschungsarbeiten untersuchten spanisch-englische Unterrichtsmodelle in den USA. Sowohl die Metaanalysen selbst als auch ausgewählte Evaluationsstudien wurden vor allem mit einem methodenkritischen Fokus in Bezug auf das Untersuchungsdesign und die Datenanalyse ausgewertet. Unter diesen Gesichtspunkten erwiesen sich nur wenige Studien als aussagekräftig.

### *Hauptbefund: Wirkung auf Kompetenzerwerb in der Zweitsprache neutral*

Diese wenigen verlässlichen Studien lassen die Schlussfolgerung zu, dass zweisprachiger Unterricht im Vergleich zu monolingualen Alternativen in der Regel keine negative Wirkung auf die gemessenen Leistungen in der Zweitsprache hat. Ein konsistenter positiver Effekt kann nicht nachgewiesen werden. Speziell für die sprachwissenschaftliche Hypothese, dass Kinder zuerst in ihrer Erstsprache und erst darauf aufbauend in der Zweitsprache alphabetisiert werden sollten, finden sich bisher keine verlässlichen Belege.

### *Wenige Erkenntnisse über bilingualen Unterricht in Deutschland*

An deutschen Grundschulen gibt es nur wenige bilinguale Unterrichtsmodelle mit einer typischen Migrantensprache als Partnersprache neben dem Deutschen. Die seltenen wissenschaftlichen Begleitungen hierzu können aufgrund ihres Evaluationsdesigns bisher nicht die Frage beantworten, ob eine bilinguale Erziehung dem rein deutschsprachigen Unterricht überlegen ist.

### *Schlussfolgerung 1: Unterricht in der Erstsprache kein Hindernis für Zweitspracherwerb*

Auf Basis der US-amerikanischen Studien hat sich gezeigt, dass bilingualer Unterricht und hierbei insbesondere eine gleichzeitige Alphabetisierung in Erst- und Zweitsprache nicht auf Kosten des Zweitspracherwerbs gehen. Wird ein Teil der Unterrichtsstunden in einer anderen Sprache als der des Regelunterrichts erteilt, führt das offenbar nicht automatisch zu schlechteren Leistungen in der Zweitsprache und den Sachfächern. Wenn Kinder an bilingualen Schulprogrammen teilnehmen, ist also prinzipiell nicht zu befürchten, dass die so unterrichteten Schülerinnen und Schüler schlechter als solche in Regelklassen abschneiden werden.

### *Schlussfolgerung 2: kein Allheilmittel für Bildungsbenachteiligung*

Die uneinheitlichen Forschungsergebnisse zeigen, dass bilingualer Unterricht kein Allheilmittel zum Ausgleich von familiär bedingten schlechteren Lernausgangslagen etwa aufgrund eines bildungsfernen Elternhauses ist. Da aber eine Mehrheit der Migrantenkinder in Deutschland aus solchen Familien kommt, könnte eine Unterrichtung in ihrer Herkunftssprache nicht die Hauptmethode sein, um eine substantielle Verbesserung ihrer Bildungskarrieren zu erreichen.

### *Forschungsbedarf zur Wirkung ein- und zweisprachiger Förderinstrumente*

Wie sich die Potenziale von Schülerinnen und Schülern mit nicht-deutscher Herkunftssprache am besten erschließen lassen, sollte eine zukünftige systematische Evaluation innovativer, miteinander konkurrierender deutsch- und zweisprachiger Förderprogramme klären helfen. Ein wichtiges methodisches Kriterium solcher Wirkungsanalysen sollte der Vergleich bilingual unterrichteter Kinder mit nur auf Deutsch unterrichteten Schülerinnen und Schülern der gleichen Herkunftssprachen sein. Ebenso wichtig ist die Erhebung und systematische Berücksichtigung weiterer individueller Schülermerkmale und von Charakteristika des Schulkontextes, die den Zweitspracherwerb und die Schulleistungen typischerweise beeinflussen. Wünschenswert ist eine stärker interdisziplinär kooperierende Forschung, die die methodischen und theoretischen Stärken von Pädagogik, Linguistik, Soziologie und Psychologie bündeln sollte.



Karen Schönwälder/Janina Söhn/Ines Michalowski  
(unter Mitwirkung von Katarina Löbel)  
Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen  
AKI-Forschungsbilanz 3  
Berlin, Dezember 2005

## **Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen: Die AKI-Forschungsbilanz kurz gefasst**

### *Sprachkompetenz im Zentrum aktueller Integrationspolitik*

Integrationskurse für neu zugewanderte MigrantInnen sind heute ein zentrales Element staatlicher Integrationspolitik. Im Mittelpunkt dieser Kurse steht die Unterrichtung der Landessprache. Daneben sollen meist Grundkenntnisse über die Aufnahmegesellschaft vermittelt und erste Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnet werden. Kenntnisse in der Landessprache gelten immer mehr als Schlüssel für weitere Teilhabechancen in der Aufnahmegesellschaft, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird eine gemeinsame Sprache als Bedingung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt angesehen. Dementsprechend werden heute in Deutschland und einer Reihe anderer Länder erhebliche finanzielle und administrative Ressourcen investiert, um ein weit gespanntes Angebot von Sprach- und Integrationskursen für Zuwanderer bereitzustellen. Gleichzeitig ist aber wenig darüber bekannt, welche Wirkungen hiervon erwartet werden können.

### *Fragestellung: Aussagekräftige Informationen über Wirkungen der Integrationskurse*

Das Hauptanliegen dieser AKI-Forschungsbilanz ist es, Erkenntnisse über die Resultate von Integrations- und Sprachkursen auszuwerten. Unter mehreren denkbaren Wirkungen der Kursprogramme interessiert hier vor allem die Frage: Wie effektiv vermitteln bereits praktizierte Integrationsprogramme Sprachkenntnisse, und inwiefern erleichtern sie eine Integration in den Arbeitsmarkt?

### *Länderbeispiele Deutschland, Niederlande, Schweden*

Wichtige Referenzpunkte für die Entwicklung der Anfang 2005 in Deutschland angelaufenen Integrationskurse waren die Integrationsprogramme in den Niederlanden und Schweden. Daher wurden diese beiden Länder in die Forschungsbilanz einbezogen. Im Fall der Bundesrepublik, die eine lange Tradition unterschiedlich gearteter Sprachförderangebote vorweisen kann, stehen Erkenntnisse über Vorläufermodelle der neuen Kurse im Zentrum der Analyse.

### *Eingeschränkte Datenbasis: Ergebnisse von Integrationskursen bisher selten Gegenstand wissenschaftlichen Forschens*

Eine systematische und umfassende Evaluierung von politischen Interventionsmaßnahmen ist keineswegs selbstverständlich, und die vorliegenden Informationen sind häufig lückenhaft. So wurden die existierenden Studien meist von staatlichen Stellen in Auftrag gegeben und beantworten deren Fragen. Den organisatorischen Abläufen und dem Einsatz finanzieller Mittel wird dabei mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den Bedingungen und dem Verlauf des Sprachlernens. So wurden für die Forschungsbilanz letztlich vor allem Informationen zur Reichweite der Integrationsprogramme, zu Abbruchquoten und zu den Sprachkenntnissen der Absolventen analysiert.

### *Reichweite und Abschluss der Kurse*

Zielgruppe der Kurse sind in der Regel nur ein Teil aller neu eingetroffenen MigrantInnen. In den Niederlanden gelingt es in einem hohen Maß, die Zielgruppe im Rahmen erster Schritte des Integrationsprogramms zu erfassen. Allerdings absolvierte nur etwa die Hälfte derjenigen, für die eine Teilnahme am Kursprogramm vereinbart wurde, den gesamten Kurs einschließlich der Abschlussprüfung. Bei einer etwas anderen Zusammensetzung der Teilnehmenden hatten in Schweden etwa 40 Prozent der KursanfängerInnen nach etwa zweieinhalb Jahren den Kurs (zumeist erfolgreich) beendet. Wie hohe Teilnahme- und Abschlussquoten erreicht werden könnten und damit zum Erfolgskriterium gemacht werden sollten, kann bislang nicht eindeutig beantwortet werden. Es gibt eine Vielzahl von Gründen für die Nichtteilnahme bzw. einen Kursabbruch. Zu den häufigsten zählen Berufstätigkeit, gesundheitliche Probleme (z. B. von traumatisierten Flüchtlingen) und Kinderbetreuung. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung von Frauen als Problemgruppe sind Männer unter den KursteilnehmerInnen eher unterrepräsentiert. Gerade sie nennen als Motiv für ein Fernbleiben häufig die Erwerbsarbeit.

### *Kurse verbessern meist, aber nicht immer Sprachkenntnisse*

Generell können wir davon ausgehen, dass eine Mehrheit der KursteilnehmerInnen im Verlauf der Kurse ihre Kenntnisse der Landessprache verbessert. In den Niederlanden gilt dies für insgesamt etwa zwei Drittel derjenigen, die einen Abschlusstest ablegten. Einer deutschen Studie zufolge sind Fortschritte auch bei bereits länger ansässigen MigrantInnen, deren Deutschkenntnisse zuvor häufig stagnierten, zu erwarten. Ein beträchtlicher Teil der MigrantInnen aber – in den Niederlanden gilt dies für etwa ein Drittel – profitierten im Hinblick auf ihre Sprachkenntnisse nicht von dem Kursbesuch. Solche Differenzen im Kompetenzzuwachs sind vor allem auf das unterschiedliche Bildungsniveau der teilnehmenden MigrantInnen zurückzuführen, was durch die Kurse offenbar nicht ausgeglichen werden konnte. Weniger eindeutig sind Zusammenhänge zwischen spezifischen Herkunftssprachen und dem Erlernen des Niederländischen, Schwedischen bzw. Deutschen. Zwischen den Geschlechtern scheint es kaum relevante Unterschiede zu geben.

### *Politisch angestrebtes Sprachniveau vielfach nicht erreichbar*

Unter den KursteilnehmerInnen selbst empfindet – einzelnen Hinweisen zufolge – eine deutliche Mehrheit das Angebot als hilfreich für ihre Integration. Nach den vorliegenden Erfahrungen war jedoch das erreichte Sprachniveau auch bei denjenigen, die grundsätzlich Fortschritte zu verzeichnen hatten, insgesamt niedriger als politisch erwünscht. Angestrebt wird, Sprachkenntnisse zu vermitteln, die es den MigrantInnen ermöglichen, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. 13 Prozent der KursabsolventInnen in den Niederlanden erreichten das für eine Erwerbsarbeit als nötig erachtete Niveau und ein weiteres knappes Drittel das darunter liegende Niveau, das als Voraussetzung für die Teilhabe am alltäglichen gesellschaftlichen Leben angesehen wird. Auch in Deutschland weisen Ergebnisse von Vorläufermodellen der jetzigen Integrationskurse darauf hin, dass das in den neuen Integrationskursen angestrebte, im Wesentlichen dieser zweiten, bescheideneren Zielsetzung entsprechende Kompetenzniveau (B1) von durchschnittlichen KursanfängerInnen nur selten im Rahmen des vorgesehenen Kursvolumens erreicht werden kann. In Schweden erhielten 35 Prozent der KursanfängerInnen das Abschlusszertifikat, womit ihnen bescheinigt wurde, dass sie das verhältnismäßig anspruchsvolle sprachliche Zielniveau, das zur Teilhabe am Berufsleben befähigen soll, erreicht hatten.

Während in Schweden im Vergleich zu den Niederlanden die Abbruchquoten etwas höher sind, erreichen die verbleibenden MigrantInnen dort offenbar bessere Ergebnisse. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Teilnehmergruppen unterschiedlich zusammengesetzt und die getesteten Sprachniveaus nicht unmittelbar vergleichbar sind. Aus dem Vergleich des verpflichtenden Programms der Niederlande und des weitgehend freiwilligen Angebots Schwedens ergeben sich keine eindeutigen Anhaltspunkte dafür, dass Sanktionen die Erfolgsquoten erhöhen.

Denkbar ist, dass sich durch Angebote, die das Sprachlernen flexibler mit dem Berufsleben oder Qualifizierungsmöglichkeiten kombinieren, durch insgesamt differenziertere und qualitativ bessere Angebote sowie eine effektivere begleitende Unterstützung der MigrantInnen Teilnahme- und Erfolgsquoten erhöhen ließen. Gleichzeitig sollten Nichtteilnahme und Kursabbruch nicht per se mit einem Scheitern des Sprachlernens gleichgesetzt werden. Denn über die Sprachkenntnisse derjenigen, die nicht teilnehmen oder abbrechen, ist wenig bekannt.

### *Wirkungen der Integrationsprogramme auf Teilhabechancen unbekannt*

Über die Ergebnisse der Integrationsprogramme im Hinblick auf weitere Ziele, wie eine verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt, Kenntnisse der Aufnahmegesellschaft und eine Identifikation mit dieser neuen Umwelt, lassen sich kaum Aussagen machen. In keinem der drei untersuchten Länder wurden systematische Studien unternommen, die die Frage klären könnten, ob AbsolventInnen der Integrationsprogramme größere Teilhabechancen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben haben als andere MigrantInnen.

### *Umfassende, transparente Berichterstattung und vertiefende Evaluationen erforderlich*

Fast alle Aussagen über Möglichkeiten, Wirkungen und Probleme aktueller Sprach- und Integrationskurse müssen unter Vorbehalt gemacht werden. Eindeutige Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit solcher Programme und deren allgemeinen Zuschnitt können aktuell – ohne solide empirische Grundlage – nicht getroffen werden.

In der Bundesrepublik bedarf es demnach zum einen einer regelmäßigen Berichterstattung, die Kerninformationen zu den Kursen und den TeilnehmerInnen enthalten sollte. Zum anderen sollte in einer vertiefenden kausalanalytisch angelegten Evaluierung der relative Beitrag der Integrationskurse zum Integrationsprozess von MigrantInnen untersucht werden. Zentrale Merkmale einer solcher Wirkungsanalyse sind ein Vorher-Nachher-Vergleich (hier bezogen auf die Sprachkenntnisse) mit Vergleichsgruppen von TeilnehmerInnen und Nicht-TeilnehmerInnen. Ebenso sollten eine Reihe wichtiger Faktoren (z.B. Bildung und Alter der ZuwanderInnen) erfasst werden, die den Kompetenzerwerb durch einen Kurs beeinflussen können. Ohne eine derartige Wissensgrundlage wird es nicht möglich sein, fundierte Entscheidungen über effektive Maßnahmen zur Förderung des Spracherwerbs und weiterer Integrationsprozesse zu treffen.

\*\*\*

Die PDF-Datei des Berichts ist unter [www.aki.wz-berlin.de](http://www.aki.wz-berlin.de) herunterzuladen.

Bestellungen an:

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [aki@wz-berlin.de](mailto:aki@wz-berlin.de)

Fon: +49 (030) 25491352

Fax: +49 (030) 25491308

Migration, Sprache und Integration:  
Die AKI-Forschungsbilanz kurz gefasst

*Sprache als Schlüssel der Integration*

Im Mittelpunkt dieser AKI-Forschungsbilanz steht die Bedeutung der Sprache für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Der Hintergrund ist die Entstehung und Verfestigung von ethnischen Schichtungen in so gut wie allen Aufnahmeländern und die Vermutung, dass dabei – wenngleich nicht nur und nicht unabhängig von möglichen anderen Einflüssen, wie etwa soziale Distanzen oder Diskriminierungen – bestimmte Defizite in der Beherrschung der jeweiligen Landessprache eine besonders große Rolle spielen. Sprache hat im Prozess der individuellen wie der gesellschaftlichen Integration eine herausgehobene Bedeutung, da sie mehrere Funktionen erfüllt. Sie ist sowohl Medium der alltäglichen Kommunikation als auch eine Ressource, insbesondere bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Zudem können Sprachen und Sprachakzente als Symbole von Zusammengehörigkeit oder auch Fremdheit wirken und zu Abgrenzungen oder Diskriminierungen führen. Ungleichheiten im Zugang zu Bildung, Einkommen, den zentralen Institutionen und gesellschaftlicher Anerkennung ebenso wie soziale Kontakte sind wesentlich, wenngleich nicht allein, durch sprachliche Kompetenzen in der jeweiligen Landessprache bedingt. Allein daraus ergibt sich ein deutliches Interesse am Erwerb der jeweiligen Landessprache und es kommt, wenn es die entsprechenden Bedingungen gibt, auch regelmäßig dazu, wenigstens im Verlauf der Generationen. Sprachliche Vielfalt kann dabei, wie die kulturelle Vielfalt allgemein, einerseits zu innovativen Anregungen und interkulturellem Austausch führen, andererseits aber auch Verständigungs- und Abstimmungsprobleme nach sich ziehen, etwa bei betrieblichen Abläufen oder sozialen Kontakten allgemein. Aus der sprachlichen Pluralisierung ergibt sich daher immer auch ein Bedarf für ein übergreifendes Verständigungsmedium, der meist am ehesten über die Vermittlung und Aneignung der jeweiligen Landessprache (oder einer allgemein geltenden lingua franca, wie inzwischen Englisch) erfüllt werden kann. Auch das sorgt tendenziell für Prozesse der sprachlichen Angleichung, der jedoch durch bestimmte Umstände behindert oder ganz unterbunden werden kann.

*Weitgehende Übereinstimmung über Mechanismen und soziale Bedingungen des Spracherwerbs*

Zentrales Anliegen dieser Forschungsbilanz ist es, die Mechanismen, sozialen Bedingungen und Folgen zu identifizieren, die dem Erwerb der Sprache des Einwanderungslandes sowie der Beibehaltung oder Aufgabe der Herkunftssprache zugrunde liegen. Da die unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit dem Spracherwerb befassen, von im Kern ähnlichen Grundannahmen ausgehen, können deren Perspektiven in einem übergreifenden theoretischen Modell integriert werden. Spracherwerb und -erhalt werden dabei als Ergebnis eines Zusammenspiels des Handelns bzw. Lernens der MigrantInnen einerseits und gewisser sozialer Bedingungen andererseits verstanden. Dabei ist das Erlernen der neuen Sprache von den grundlegenden Größen Motivation (z. B. die Aussicht auf ein höheres Einkommen), Zugang (z. B. Kontaktmöglichkeiten oder Kursangebote), Fähigkeiten (z.B. Intelligenz oder die spezielle Lernfähigkeit für Sprachen) und Kosten des Lernens (z.B.

Zeitaufwand, Angleichungs-Stress) abhängig. Empirische Grundlage dieser Forschungsbilanz sind vor allem Ergebnisse multivariater statistischer Analysen von repräsentativen Datensätzen aus wissenschaftlichen Umfragen und amtlichen Erhebungen in verschiedenen Einwanderungsländern – vor allem den USA, Australien, Kanada, Großbritannien, Israel und Deutschland. Für diese Länder mit ihren unterschiedlichen migrations- und integrationspolitischen Traditionen stimmen die Ergebnisse in hohem Maß überein.

### *Bedingungen des Erwerbs der Landessprache*

Der Erwerb der Landessprache als Zweitsprache der MigrantInnen wird durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst. Dazu gehören Bedingungen im Herkunfts- und Aufnahmeland, die Existenz und Struktur einer ethnischen Gemeinde sowie – besonders bedeutsam – die individuellen und familiären Lebensbedingungen sowie die besonderen Umstände der Migration. Als besonders wirksame Faktoren erweisen sich das Einreisealter und die Aufenthaltsdauer im Einwanderungsland sowie für die Kinder das Einreisealter und die Sprachfertigkeiten der Eltern. Eine höhere Bildung der MigrantInnen selbst bzw. ihrer Eltern begünstigt das Erlernen der Zweitsprache deutlich. Dagegen wirken größere linguistische Distanzen zwischen der Erstsprache und der zu erlernenden Zweitsprache, eine hohe weltweite Verwertbarkeit der Erstsprache (wie vor allem des Englischen) und vermutlich starke sozio-kulturelle Distanzen („Fremdenfeindlichkeit“) zwischen der Einwanderergruppe und der Mehrheitsgesellschaft hemmend auf den Zweitspracherwerb von Zuwanderern. Der Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes wird insbesondere auch durch stärkere ethnische Konzentrationen im Wohnumfeld, durch binnenethnische Kontakte und Kommunikationsmöglichkeiten in der Herkunftssprache im Wohnumfeld oder über die Verfügung über herkunftssprachliche Medien behindert. Kinder lernen die Sprache des Aufnahmelandes leichter, wobei sich empirisch eine deutliche Schwelle etwa bei 10 bis 12 Jahren feststellen lässt. Zwar stimmt es nicht, dass ein kompetenter Zweitspracherwerb nach der Pubertät (schon neurophysiologisch) ausgeschlossen ist, es kann aber als gesichert gelten, dass im Erwachsenenalter ein hohes sprachliches Niveau und ein akzentfreies Sprechen nur mit besonderem Aufwand und bei einer ausgeprägten Motivation erreicht werden können. Über die Wirkungen von (staatlich verordneten) Sprachkursen für Erwachsene liegen bislang keine geeigneten empirischen Untersuchungen vor, so dass sich darüber nichts Verlässliches sagen lässt.

### *Kompetente Bilingualität bleibt die Ausnahme*

International überwiegt über die Einwanderergenerationen hinweg eine deutliche Tendenz zur monolingualen Assimilation. Eine kompetente Zweisprachigkeit, also die Beherrschung von sowohl Herkunfts- als auch Landessprache auf hohem (mündlichem und schriftlichem) Niveau, wird der Ausnahmefall bleiben. Denn Bedingungen, die den Zweitspracherwerb fördern, wirken zumeist einer Beibehaltung und kompetenten Beherrschung der Muttersprache entgegen – und umgekehrt: Je höher etwa das Einreisealter und je stärker die Einbindung in den ethnischen Kontext, umso eher wird die Muttersprache beibehalten, aber umso weniger kommt es zum Zweitspracherwerb.

### *Bildungserfolg hängt zentral von guten Kenntnissen der Landessprache ab*

Schulische Leistungen sind sowohl direkt als auch indirekt an sprachliche Kompetenzen gebunden. Entscheidend sind dabei heute fast ausschließlich Kompetenzen in der Landes- und Unterrichtssprache. Dies gilt unabhängig von der möglichen Wirkung anderer Faktoren auf die Bildungschancen der Migrantenkinder, wie der Integration in die vorschulische Erziehung, der Schulwahl, familiärer Umstände und direkter oder indirekter Diskriminierungen im Bildungssystem. Sprachliche Schulleistungen werden allgemein durch

die gleichen Bedingungen positiv beeinflusst, die auch für den Zweitspracherwerb günstig sind, wie ein niedriges Einreisealter und ein höhere Bildung der Eltern. Besonders ungünstig dagegen wirkt es sich auf die Leistungen der Kinder und Jugendlichen aus, wenn das Lernen in Schulen und Schulklassen mit hohen Anteilen von Schülern stattfindet, die die Landessprache nicht ausreichend beherrschen. Zusätzliche Kompetenzen in der Herkunftssprache haben keinen erkennbaren Einfluss auf die schulischen Leistungen. Eine besondere Wirkung von Programmen der bilingualen Erziehung auf das Erlernen der Landessprache und die schulischen Leistungen wird (bislang) durch die empirische Forschung nicht bestätigt.

### *Ungünstige Umstände verstärken sich wechselseitig*

Ungünstige Umstände, wie die ethnische Konzentration in der Wohnumgebung und in den (Grund-)Schulen, ein höheres Einreisealter oder eine geringe Bildung der Eltern, verstärken sich in ihren negativen Auswirkungen gegenseitig. Gerade Migrantenkinder in ohnehin schon problematischen familiären Situationen werden daher durch derartige ungünstige Umstände in ihrem weiteren Umfeld besonders benachteiligt. Umgekehrt profitieren gerade die schlechter gestellten Migrantenkinder besonders schon von der Verbesserung einzelner Umstände, etwa bei den Lernbedingungen in der (Grund-)Schule, so dass es durchaus Möglichkeiten gibt, diese Verstärkungsspirale ungünstiger Umstände zu durchbrechen. Bei derartigen Verbesserungen der Situation der Migrantenkinder können auf der anderen Seite die privilegiierteren Kinder Einheimischer einen Teil ihrer (relativen) Vorteile verlieren, die sich daraus ergeben, dass sie meist (Grund-)Schulen mit geringen Migrantenanteilen besuchen. Daraus könnte sich ein Akzeptanzproblem bei den Einheimischen ergeben, wenn an die stärkere ethnische Durchmischung der Schulen und Schulklassen gedacht werden sollte, um die besonders hohen ethnischen Konzentrationen und Isolation der Migrantenkinder in den (Grund-)Schulen zu vermeiden, an denen ein Großteil der Probleme der Migrantenkinder besonders in den benachteiligenden familiären Bedingungen und migrationsbedingten Umständen hängt.

### *Kenntnisse der Landessprache entscheiden über berufliche Chancen*

Für die Integration von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt sind neben den zentralen Faktoren des (Aus-)Bildungsniveaus und der Betriebserfahrung umfassende Kompetenzen in der Landessprache von überragender Bedeutung. Sprachliche Defizite vermindern die Chance, überhaupt eine Beschäftigung zu finden und vor allem eine höhere Stellung zu erlangen, deutlich und sind mit merklichen Abschlägen beim Einkommen verbunden. Dies gilt umso mehr, je stärker der Anteil an kommunikativen Tätigkeiten und Abstimmungen ist und insbesondere dann, wenn die Muttersprache einen geringen Verwendungswert auf dem (globalen) Arbeitsmarkt hat. Wer die Landessprache nicht umfassend beherrscht, kann auch durchaus vorhandene und wertvolle eigene Kenntnisse und Berufserfahrungen kaum nutzen. Andererseits verstärken sich für die Arbeitsmarktintegration förderliche Bedingungen – etwa eine höhere Bildung und eine kompetente Beherrschung der Landessprache – wechselseitig. Zur beruflichen Schlechterstellung von MigrantInnen tragen unter Umständen auch („statistische“) Diskriminierungen durch Arbeitgeber bei, die aufgrund von Akzenten erhöhte Transaktionskosten fürchten oder die beruflichen Fähigkeiten der Bewerber unterschätzen und „vorsichtshalber“ von einer Einstellung absehen. MigrantInnen sehen gelegentlich dann, wenn Alternativen in eigenethnischen Nischenökonomien offen stehen, von Bewerbungen auf dem Arbeitsmarkt der Aufnahmegesellschaft ab. Unter Umständen sind sie als Folge der („exklusiven“) Einbettung in binnenethnische Netzwerke und durch sprachliche Defizite von Informationen und Beziehungen ausgeschlossen, die Zugänge zu Arbeitsplätzen eröffnen könnten.

### *Bilinguale Kompetenzen zahlen sich (in der Regel) nicht aus*

Bilinguale Kompetenzen von MigrantInnen, also die zur Sprache des Aufnahmelandes zusätzliche Beherrschung der Muttersprache, sind über den Effekt der Beherrschung der Sprache des Aufnahmelandes hinaus für den Schulerfolg und den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt weitgehend irrelevant. Anders ist dies lediglich bezogen auf in speziellen Arbeitsmarktsegmenten nachgefragte sprachliche Kompetenzen sowie allgemein bei Kenntnissen im Englischen. Die kanadische Politik der Multilingualität zeigt, dass eine Aufwertung (in diesem Fall des Französischen) durchaus zu merklich positiven Arbeitsmarkteffekten führen kann. Das gilt aber nur für die alteingesessene Bevölkerung in den frankophonen Provinzen. EinwanderInnen mit „nicht-offiziellen“ Sprachen haben in Kanada im Prinzip die gleichen Probleme wie anderswo, und erst die Anpassung an die jeweilige Regionalsprache vermindert die Defizite. Aber selbst bei Beherrschung einer oder auch beider offiziellen Sprachen (Englisch, Französisch) bleiben deutliche Nachteile bestehen.

### *Ethnische Ressourcen für Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg weitgehend bedeutungslos*

Insgesamt belegen die feststellbaren empirischen Beziehungen die überragende und auch im Rahmen einer verstärkten Transnationalität des Migrationsgeschehens andauernde Bedeutung der institutionellen und kulturellen Vorgaben des jeweiligen Aufnahmelandes (bzw. der regionalen Vorgaben) für die (intergenerationale) Integration, und in zwar in allen drei Bereichen: Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt. Hinweise auf eine besondere Bedeutung ethnischer Ressourcen für die strukturelle Integration der Migranten, wie der Beibehaltung der Muttersprache, der Bilingualität oder der Verfügung über ethnische Netzwerke, gibt es dagegen kaum. Stärkere ethnische Bindungen und exklusive binnenethnische Beziehungen behindern die Integration eher und vermögen allenfalls bestehende Nachteile zu mildern, nämlich dann, wenn die jeweiligen Gruppen, ethnischen Enklaven und Märkte groß genug sind. Ein wirksames Gegengewicht zu den ethnischen Schichtungen als Folge sprachlicher und anderer Defizite bilden die ethnischen Ressourcen jedenfalls nicht.

### *Einige Unterschiede zwischen Migranten unterschiedlicher Herkunft noch nicht erklärt*

Einige Unterschiede in den Bildungs- und Arbeitsmarktchancen bestimmter Gruppen können durch die genannten zentralen Einflussfaktoren bisher nicht vollständig erklärt werden. Das gilt in Deutschland für die nach wie vor relativ schlechte Position der türkischen Immigranten. In den USA betrifft dies speziell die Nachteile der mexikanischen (und der meisten anderen lateinamerikanischen) Immigranten und den starken Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg der asiatischen Immigranten. Möglicherweise treffen hier jeweils spezifische Umstände zusammen, wie die Beibehaltung transnationaler Kontakte, hohe linguistische, soziale und kulturelle Distanzen, große ethnische Netzwerke und die unterschiedliche Wertschätzung von Bildung. Hier besteht weiterer Klärungsbedarf.

### *Intergenerationale Integration, sprachliche Pluralisierung und ethnische Differenzierung*

Trotz aller Unterschiede lassen sich im Generationenverlauf bei allen ethnischen Gruppen deutliche Tendenzen zur sprachlichen Assimilation feststellen – und darüber vermittelt dann auch zum stärkeren Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg. Gleichzeitig kann es über fortlaufende

Neueinwanderungen zu einem stetigen oder auch wachsenden Anteil von Migranten kommen, die die Landessprache nicht beherrschen. Entsprechend kann eine auch dauerhafte Koexistenz der sprachlichen und sonstigen Integration in die Aufnahmegesellschaft (über die Generationen hinweg) einerseits und einer sprachlichen Pluralisierung mit der Anwesenheit von nennenswerten Anteilen von Personen mit Sprachdefiziten andererseits entstehen. Sie sind der Normalfall in Einwanderungsgesellschaften im Zuge der eher weiter zunehmenden internationalen Migration. Die – nach den geschilderten Bedingungen unterschiedlich große – Offenheit der Aufnahmegesellschaften und der ethnischen Gemeinden für den Prozess der intergenerationalen (sprachlichen und weiteren) Integration ist für die längerfristige Entwicklung der sozialen Integration der Migranten wie der Art der ethnischen Differenzierungen und Ungleichheiten in den jeweiligen Aufnahmeländern von entscheidender Bedeutung.

\*\*\*

Die PDF-Datei des Berichts ist unter [www.aki.wz-berlin.de](http://www.aki.wz-berlin.de) herunterzuladen.

Bestellungen an:

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [aki@wz-berlin.de](mailto:aki@wz-berlin.de)

Fon: +49 (030) 25491352

Fax: +49 (030) 25491308

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

Janet Ward Schofield  
in Zusammenarbeit mit Kira Alexander, Ralph Bangs und Barbara Schauenburg  
AKI-Forschungsbilanz 5  
Berlin, Oktober 2006

## **Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie Die AKI-Forschungsbilanz kurz gefasst**

### *Zur Verringerung von Bildungsdiskrepanzen beitragen*

Ziel dieser Forschungsbilanz ist es, denjenigen, die für eine Verbesserung der Bildungsergebnisse von SchülerInnen mit Migrationshintergrund wirken, hierfür relevante Informationen zu liefern, damit letztlich gleiche Bildungschancen erreicht werden. Diese Forschungsbilanz wertet insbesondere solche Arbeiten aus den Bereichen der Sozial-, Entwicklungs- und pädagogischen Psychologie aus, die für das Verständnis der Unterschiede in den Bildungsleistungen und -laufbahnen von SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund und für die Entwicklung von Strategien zur Reduzierung dieser Unterschiede bedeutsam sind.

### *Erkenntnisse der psychologischen Forschung helfen Bildungsunterschiede besser zu verstehen*

Indem diese Bilanz in Deutschland wenig bekannte Forschungsergebnisse vorstellt, will sie unser Wissen über Faktoren, die für die unterschiedlichen schulischen Leistungen und Bildungsverläufe von SchülerInnen mit bzw. ohne Migrationshintergrund verantwortlich sind, erweitern. Darüber hinaus kann sie zu einem umfassenderen Verständnis der Art und Weise, in der etwa der sozioökonomische Status den Bildungserfolg beeinflusst, beitragen.

Diese Forschungsbilanz stützt sich auf qualitativ hochwertige empirische (oft experimentelle) Forschungsarbeiten, die zumeist in den USA durchgeführt wurden, sowie auf vorliegende Forschungsberichte. Generell gehen wir davon aus, dass die vorgestellten Forschungsergebnisse von allgemeiner Bedeutung sind. Um es den LeserInnen zu ermöglichen, die Anwendbarkeit der Ergebnisse auf den deutschen Zusammenhang zu beurteilen, werden jeweils der nationale Kontext, dort vorherrschende Stigmata und die Situation der untersuchten Gruppen erläutert.

### *Drei Hauptthemen*

Aufgrund der Aussagekraft der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur und ihrer Relevanz für die Situation in Deutschland wurden drei Hauptthemen zum Gegenstand dieser Forschungsbilanz gemacht: Stereotype Threat (die Bedrohung durch negative Stereotype), Erwartungseffekte und die sich aus der Zusammensetzung von Lerngruppen nach Leistung ergebenden Effekte. Damit werden gleichzeitig drei Schlüsselbereiche des Lernprozesses beleuchtet: die einzelnen SchülerInnen, die LehrerInnen und ihre Interaktionen mit den SchülerInnen sowie die institutionelle Ebene, d.h. die Zusammensetzung der Lerngruppen und das Schulsystem.

### *Stereotype Threat beeinträchtigt schulische Leistungen*

Negative Stereotype, die die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe mit geringen intellektuellen Fähigkeiten in Verbindung bringen, können die schulischen Leistungen und die Schulkarrieren von SchülerInnen, die einen Migrationshintergrund haben oder ethnischen Minderheiten angehören, sowohl kurz- als auch langfristig erheblich beeinträchtigen. Die Angst davor, dass die eigenen Leistungen auf Basis von negativen Stereotypen über die eigene Gruppe beurteilt und deshalb für unzulänglich befunden werden könnten („Stereotype Threat“), kann die intellektuelle Leistungsfähigkeit unmittelbar (etwa während einer Prüfung) vermindern.

Langfristig kann sie zu einer verringerten Bildungsmotivation beitragen und Verhaltensweisen hervorrufen, die die Schulkarriere nachhaltig beeinträchtigen.

### *Stereotype Threat betrifft Mitglieder unterschiedlicher Gruppen*

Stereotype Threat wirkt nachweislich auf Mitglieder verschiedener Gruppen (Frauen, ältere Menschen, Personen mit Migrationshintergrund und aus Minderheiten) und in sehr unterschiedlichen Bereichen. Die hier präsentierten empirischen Ergebnisse stützen die Annahmen, dass schon Kinder an Ethnizität oder Geschlecht geknüpfte Stereotype kennen und dass viele Effekte von Stereotype Threat, die die Bildungsleistungen älterer SchülerInnen und von Studierenden beeinträchtigen, wohl auch schon bei Kindern ab dem Alter von fünf Jahren auftreten. In welchem Kontext oder wie stark Individuen Stereotype Threat erfahren, hängt etwa davon ab, ob sie sich der Stereotype bewusst sind und wie sehr sie sich mit dem jeweiligen Themen- oder Bildungsbereich sowie mit der von Stereotypen betroffenen Gruppe identifizieren.

### *Wie Stereotype Threat negativ auf Schulleistungen wirkt*

Vorliegende Forschungsergebnisse verweisen auf drei Hauptmechanismen, durch die Stereotype Threat Leistungen in der Schule oder im Studium beeinträchtigen kann: Ängste können zu schwächeren Leistungen führen, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten kann erschüttert werden, und kognitive Energien können für die Bewältigung der mit Stereotype Threat verbundenen Ängste gebunden werden. Darüber hinaus ist es möglich, dass die Betroffenen zu Verhaltensweisen greifen, die bezüglich ihrer Bildungsleistungen kontraproduktiv wirken. Dazu gehört es etwa, Herausforderungen aus dem Weg zu gehen oder zu entscheiden, dass einem Erfolge in bestimmten Schulfächern oder in Schule und Universität allgemein nicht wichtig sind. Viele dieser Verhaltensweisen helfen den Betroffenen zwar kurzfristig, ein positives Selbstbild zu bewahren, können jedoch langfristig ihre Bildungsentwicklung beeinträchtigen.

### *Stereotype Threat: Was wir tun können*

Es gibt verschiedene Strategien, um die Wirkungen des Stereotype Threat abzuschwächen. So können positive, nicht durch Stereotype belastete Identitäten gestärkt sowie eine Unterrichtspraxis gefördert werden, die das Vertrauen der Lehrkräfte in die intellektuellen Fähigkeiten der SchülerInnen zum Ausdruck bringt und zugleich anspruchsvolle Ziele vermittelt. Weiter können die SchülerInnen oder StudentInnen ermuntert werden, sich an Situationen zu erinnern, in denen sie ihre persönlichen Überzeugungen oder Werte umsetzen konnten. Eine weitere Strategie ist es, Bedingungen zu schaffen, in denen SchülerInnen mit Migrationshintergrund nicht befürchten, in der Schule voreingenommen beurteilt zu werden. Bildungseinrichtungen können zur Verringerung des Stereotype Threat weitere Maßnahmen einsetzen. Dies sind etwa Unterrichtsmethoden des kooperativen Lernens, Schulphilosophien und eine schulische Praxis, die die Wertschätzung kultureller Vielfalt unterstreichen, der Aufbau positiver Beziehungen zwischen einheimischen und eingewanderten Kindern sowie die Einstellung gut qualifizierter Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, die für Kinder mit ähnlichem Hintergrund starke Vorbilder sein können.

### *Erwartungseffekte (sich selbst erfüllende Prophezeiungen) können schulische Leistungen beeinträchtigen*

Zahlreiche Forschungsarbeiten zeigen, dass die Erwartungen, die LehrerInnen hinsichtlich der Potentiale und Leistungen ihrer SchülerInnen haben, die tatsächlichen Bildungsverläufe dieser SchülerInnen beeinflussen können. Sich selbst erfüllende Prophezeiungen sind ein real existierendes Phänomen, und ein Ort, an dem sie auftreten, ist das Klassenzimmer. So können die Annahmen von LehrerInnen über die Fähigkeiten ihrer SchülerInnen unter bestimmten Bedingungen das Niveau der gegenwärtigen und zukünftigen Schulleistungen dieser SchülerInnen

signifikant beeinflussen. Diese Effekte sind offenbar in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich stark.

### *SchülerInnen mit Migrationshintergrund, aus Minderheiten und aus niedrigen sozialen Schichten sind häufiger betroffen*

LehrerInnen erwarten von SchülerInnen aus unteren sozialen Schichten, aus eingewanderten Familien oder ethnischen Minderheiten häufig weniger. Gleichzeitig scheinen diese SchülerInnen – ebenso wie jüngere SchülerInnen und Neulinge in einer Klasse – besonders empfindlich auf Lehrererwartungen zu reagieren. Aus diesem Grund ist es sehr wahrscheinlich, dass Erwartungseffekte zu den unterschiedlichen Bildungschancen von mehr und weniger privilegierten SchülerInnen beitragen. In Deutschland könnten Erwartungseffekte darüber hinaus besonders schwerwiegende Konsequenzen haben, da Kinder relativ früh, also wenn Erwartungseffekte eine stärkere Rolle spielen als zu einem späteren Zeitpunkt, auf die unterschiedlichen Schultypen der Sekundarstufe aufgeteilt werden.

### *Lehrererwartungen beeinflussen das Verhalten von LehrerInnen und SchülerInnen*

Der Hauptmechanismus, durch den Lehrererwartungen die Leistungen von SchülerInnen beeinflussen, ist das Verhalten des Lehrenden. Geringe Erwartungen können zu einem negativen oder auf eine andere Art wenig hilfreichen Verhalten führen. Insbesondere scheinen die vermittelten Lerninhalte (Wird z.B. ein anspruchsvolles Unterrichtsmaterial eingesetzt?) und die sozio-emotionale Atmosphäre, die die LehrerInnen in der Interaktion mit ihren SchülerInnen schaffen, deren Leistungen zu beeinflussen. Die vorliegenden Forschungsergebnisse zeigen nicht nur, dass SchülerInnen ein aufgrund bestimmter Erwartungen unterschiedliches Verhalten aufmerksam registrieren, sondern auch, dass sie unter Umständen auf eine unterschiedliche Behandlung mit Zweifeln an den eigenen Fähigkeiten und einer negativen Haltung gegenüber den LehrerInnen und der Schule allgemein reagieren. Dies kann ihren Kompetenzerwerb beeinträchtigen.

### *Erwartungseffekte: Was wir tun können*

Zur Effektivität von Interventionen gegen die negativen Wirkungen von Erwartungseffekten gibt es kaum Forschungsergebnisse. Nach dem derzeitigen Stand der Forschung scheint es aussichtsreicher zu sein, eine Veränderung des Verhaltens und weniger der Einstellungen der LehrerInnen anzustreben. Schulen sollten nach Wegen suchen, allen SchülerInnen unabhängig von ihrer Herkunft hohe Erwartungen entgegenzubringen. Ein aussichtsreicher Ansatz ist es, in die Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen Maßnahmen aufzunehmen, in denen sie Verhaltensweisen gegenüber SchülerInnen mit Migrationshintergrund oder aus unteren sozialen Schichten einüben, die geeignet sind, deren schulische Entwicklung zu fördern (z.B. anspruchsvolles Lehrmaterial einsetzen, Fragen umformulieren oder Hilfestellungen geben, anstatt schnell aufzugeben, etc.). Dazu gehört es auch, ein positives sozio-emotionales Klima im Umgang mit diesen SchülerInnen zu schaffen.

### *Leistungsdifferenzierte Gruppen können negative Auswirkungen haben*

Es liegen nennenswerte Forschungsergebnisse vor, die zeigen, dass ein differenziertes Schulsystem und verwandte Formen der Leistungsdifferenzierung mit unterschiedlichen Lehrplänen, wie etwa im deutschen dreigliedrigen Schulsystem, zu den Bildungsdifferenzen zwischen ursprünglich leistungsstärkeren und leistungsschwächeren SchülerInnen beitragen, indem die Entwicklung der Letzteren beeinträchtigt wird. Da aus unterschiedlichen Gründen SchülerInnen mit Migrationshintergrund überproportional eben dieser Gruppe angehören, tragen derartige Formen der Leistungsgruppierung höchstwahrscheinlich dazu bei, dass die

Unterschiede zwischen SchülerInnen mit bzw. ohne Migrationshintergrund im Bildungsverlauf größer werden.

### *Die Lernumgebung sowie das Verhalten der Lehrkräfte und der MitschülerInnen beeinflussen das individuelle Lernen*

Ein Hauptfaktor, der das Lernen in homogenen Gruppen leistungsschwächerer SchülerInnen beeinträchtigt, sind die weniger anspruchsvollen Lehrinhalte. Aus diesem Grund lernen zumindest einige der SchülerInnen in den niedrigeren Schulzweigen weniger, als sie in einer heterogeneren Lernumgebung lernen könnten. Darüber hinaus können sowohl das Lehrerverhalten als auch die sozialen Prozesse in Klassen der unteren Schulzweige den Kompetenzerwerb der Einzelnen negativ beeinflussen. Dieser wird auch durch den Besuch einer Schule beeinträchtigt, deren SchülerInnen besonders häufig aus sozial schwachen Elternhäusern kommen. Dieser Effekt kann teilweise beachtlich sein, scheint aber geringer als der des durchschnittlichen Leistungsvermögens der MitschülerInnen.

### *Leistungsgruppierung mit Lehrplandifferenzierung: Was wir tun können*

Es sollte ernsthaft in Erwägung gezogen werden, Lernkontexte, in denen leistungsschwächere SchülerInnen unter sich sind, abzubauen oder ganz abzuschaffen. Dies kann etwa geschehen, indem auf eine heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft und Schulklassen hingewirkt wird. Allerdings ist dies nur schwer umzusetzen, und es könnte zu nicht beabsichtigten Effekten, wie einer Flucht der Mittel- und Oberschichtfamilien in private Schulen, kommen. Die hier ausgewertete Forschung zeigt jedoch, dass die institutionelle Struktur des deutschen Schulsystems in Kombination mit der frühen Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schulzweige deutliche Nachteile für eine große Zahl von SchülerInnen mit Migrationshintergrund hat, auch weil diese überproportional oft aus unteren sozialen Schichten kommen und häufig zu den zunächst leistungsschwächeren SchülerInnen zählen. Daher sollte eine Abschaffung der Leistungsgruppierung (also in Deutschland der Dreigliedrigkeit in der Sekundarstufe) als ein Weg zur Verringerung der Bildungsdiskrepanzen zwischen SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund ernsthaft erwogen werden. Ziel sollte es sein, Vielfalt im Hinblick auf die Fähigkeiten und den Familienhintergrund zu fördern und den anfangs leistungsschwächeren SchülerInnen die nötige Unterstützung zu gewähren, um höheren Anforderungen gerecht werden zu können. Wird die Reform richtig durchgeführt, müssen leistungsstärkere SchülerInnen darunter nicht leiden.

Angesichts der politischen Schwierigkeiten, die die Aufhebung der institutionellen Differenzierung mit sich bringen würde, sollte auch geprüft werden, wie das Niveau der Lehrinhalte und der pädagogischen Praxis dort, wo SchülerInnen mit Migrationshintergrund stark vertreten sind, angehoben werden könnte. Bei der Umsetzung solcher Maßnahmen sollte ihrer langfristigen Institutionalisierung großes Gewicht beigemessen und ihre Wirkungen auf die SchülerInnen sorgsam bedacht und evaluiert werden.

\*\*\*

Die PDF-Datei der Forschungsbilanz (148 S.) ist unter [www.aki.wz-berlin.de](http://www.aki.wz-berlin.de) zu finden.

Gedruckte Exemplare der AKI-Forschungsbilanz 5 (auf Englisch oder Deutsch) können bestellt werden bei:

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [aki@wz-berlin.de](mailto:aki@wz-berlin.de)

Fon: (030) 25491352/Fax: (030) 25491308

## **Erfolgskontrollbericht**

### **Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)**

Ziel dieses Pilotprojekts war es, Instrumente zu erproben, um in der sozialwissenschaftlichen Forschung vorhandene Potenziale für die Analyse und Bearbeitung der mit Migrationsprozessen und der Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund verbundenen Herausforderungen besser nutzbar machen zu können. Transferprozesse zwischen Wissenschaft, politischen Akteuren und weiterer Öffentlichkeit sowie innerwissenschaftliche Vernetzungen sollten gefördert werden.

Hierzu wurden eine Reihe von Instrumenten eingesetzt, insbesondere Forschungsbilanzen, aber auch ein Newsletter sowie Workshops und Konferenzen sowie eine speziell konzipierte Öffentlichkeitsarbeit. Der Prozess der Erstellung von Forschungsbilanzen und mögliche Formate wurden erprobt.

Eine Fortsetzung und Weiterentwicklung des AKI-Programms erscheint nach Abschluss des Pilotprojekts prinzipiell sinnvoll, und es sollte weiter nach den Ressourcen und infrastrukturellen Bedingungen gesucht werden, um eine entsprechende Institution langfristig einzurichten. Auf Basis des Pilotprojekts AKI erscheinen die folgenden Erfahrungen zentral:

- Inter- und transdisziplinär angelegte Forschungsbilanzen zu wissenschaftlich wie gesellschaftlich relevanten Themen erscheinen sowohl für die Wissenschaftsentwicklung im Forschungsfeld als auch für die Orientierung politischer Akteure ein zentrales Desiderat, dessen Weiterentwicklung im Zentrum eines an die AKI anknüpfenden Projekts stehen sollte. Dabei erscheinen schon die Themenfindung als auch natürlich die Bearbeitung der Themen selbst als komplexe Prozesse, die umfangreiche Vorarbeiten und eine Konsultation von bzw. Kooperation mit unterschiedlichen ExpertInnen erfordern.
- Derartige Forschungsbilanzen bzw. die Arbeit an ihrer Erstellung können auch eine überaus wirksame Basis von Vernetzungen darstellen. Darüber hinaus wird dieses Anliegen durch interdisziplinäre Tagungen, kleinere Arbeitsgruppen und den Informationstransfer z.B. über einen Newsletter gefördert.
- Institutionell erscheinen – bei einer ähnlich breiten Aufgabenstellung wie der der AKI – einerseits eine ausreichend ausgestattete hauptamtlich tätige Koordinierungs- und Arbeitsstelle und andererseits ein Beirat mit gegebenenfalls projektbezogen arbeitenden Untergruppen sinnvoll. Für die Besetzung der Arbeitsstelle sind hohe wissenschaftliche Qualifikationen

erforderlich, und eine kontinuierliche Einbindung der WissenschaftlerInnen in Forschungstätigkeiten erscheint im Interesse der Attraktivität der Stellen, ihrer Anerkennung im Feld und der kompetenten Ausübung der Tätigkeit geboten.

Die Ausgaben- und Zeitplanung wurde – bei einigen Modifikationen im Verlauf des Projekts (Verlängerung, Aufstockungen für Teilprojekt, für Übersetzungen) – insgesamt eingehalten.